DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

***Gabriele Gysi** unterstützt den DW und den Querdenkergerichtshof ⊙ Seite 6*

FÜR DEN FRIEDEN! ***Komm zu uns!*** ⊙ Seite 15

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 181, Samstag, 3. August 2024 bundesweit. Kein Medienkonzern, kein Parteiblatt, keine Lügerei, keine Reklame. 2,50 Euro am Kiosk und im freien Verkauf

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange

4 193294 202505

EMA: ÜBER 25.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 660.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN

Wir sind ALLE belogen worden!

RKI-PROTOKOLLE

E N T S C H W Ä R Z T

Nebenwirkungsmeldungen
PEI hatte 45.000 in den letzten Wochen
Herausforderung für PEI ist relevante Dinge herauspicken, z.B. Myokarditis bei jungen Männern, Sinusvenenthrombosen, usw. — 7.5.2021
Impfpass/Zertifikat/Immunitätszertifikat
Aufwändige Abstimmung, es geht nicht um Evidenz in Bezug auf Schutz vor Transmission, sondern um Ermöglichen von Urlaubsreisen, Länder erkennen Dinge verschieden an — 7.5.2021
Impfung von Kindern: Auch wenn STIKO die Impfung für Kinder nicht empfohlen wird, BM Spahn plant trotzdem ein Impfprogramm — 19.5.2021

»Impfung von Kindern: Auch wenn [von der] STIKO die Impfung für Kinder nicht empfohlen wird, BM Spahn plant trotzdem ein Impfprogramm.« Ausschnitt aus den entschwärzten RKI-Protokollen zur tödlichen »Plandemie«.

Wie konnte das nur geschehen? Politiker, staatliche Institutionen und Medien täuschten die Öffentlichkeit systematisch. Die Injektionen unter dem Stichwort »Corona« fordern weiterhin Todesopfer.

In der zurückliegenden Woche dann der Schock für die politmediale Kaste in Berlin und den Landeshauptstädten: Die ungeschwärzten Protokolle aus dem Robert-Koch-Institut kommen ans Licht der Weltöffentlichkeit. Die Aufzeichnungen aus der »Schaltzentrale des illegalen Ausnahmezustandes« beweisen: Nicht hygiene-fanatisierte Wissenschaftler führten die Politiker an der Nase herum, sondern das Gegenteil ist der Fall.

SPAHN UND LAUTERBACH WIESEN RKI ZUM LÜGEN AN

So gab der frühere Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) dem RKI Anweisungen, wie dieses seine eigenen Lügen zu unterfüttern habe. Auch der amtierende SPD-Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach wird mit der Veröffentlichung der RKI-Akten als Krimineller enttarnt.

Das schwarze Loch Medienkonzerne:

GEZ, Bild, RBB, Spiegel, Taz, Tagesspiegel, FAZ – fast alle haben uns absichtlich belogen.

»Das RKI hat am Anfang nicht verstanden, was die Politik wollte, die klinische Lage war völlig undramatisch«, so der Preisträger der Republik und Professor für Staatsfinanzen Dr. Stefan Homburg in der Folge der von ihm und unabhängigen Journalisten (Seite 2) veröffentlichten RKI-Protokolle plus Zusatzmaterial (*rki-transparenzbericht.de*). »Leerstand in den Kliniken und höchstens normales Niveau an Atemwegserkrankungen« seien die Lage am Beginn der »Plandemie« gewesen.

Man erkenne im Zuge der Lektüre der rund 2.000 Seiten Masse an Material, »dass der Minister einfach aus dem Bauch heraus politische Entscheidungen trifft, und dann das RKI anweist, dazu die passende Geschichten zu erzählen«, so Homburg. »Das RKI hat sogar rechtlich prüfen lassen, ob der Minister ihm überhaupt in fachlichen Details Weisungen geben darf. Das Ergebnis war: Ja, darf er.« Und so nahm eines der folgenreichsten Lügenkomplotte der Menschheitsgeschichte seinen Lauf: Die Corona-Lüge.

US-DOLLAR AM ABGRUND

Schon im sogenannten Dritten Reich hatte das Robert-Koch-Institut eine unrühmliche Rolle gespielt. Aber diesmal war die Aktion weltweit, ausgehend vom sogenannten »Tiefen Staat«. Hintergrund ist der De-facto-Zusammenbruch des US-Dollar-Systems. Der von Washington, London und Brüssel geführte »Westen« steht schlecht da. Es bleiben wohl nur noch Kriegstreiberei und totale Lügen. Aber immerhin haben wir dies: Unbeugsame Aufklärer, Querdenker und diese Zeitung! Wir sind die Zukunft und sagen von Beginn an: »Deren Untergang ist nicht unserer!« Deutschland verfasst sich neu aus dem Volk selbst mit einer sinnvollen Wirtschafts- & Sozialcharta (*NichtOhneUns.de*).

+++ DW IST JETZT IM ZEITUNGSHANDEL! +++

HEUTE DEMO!

AM 3. AUGUST 2024 BEGRÜSST DER BÜRGERRECHTLER MICHAEL BALLWEG AB 12 UHR AM BERLINER ERNST-REUTER-PLATZ...

... die bundesweite Friedens- und Demokratiebewegung zum Zug durch die Hauptstadt. Ab 15:30 Uhr folgt dann mit dieser Zeitung – der No. 1 weltweit – an der Hofjäger-Allee / Großer Stern, die große Kundgebung. Ballweg war vom Regime 2022 neun Monate lang ohne Anklage in Stammheim in Folterhaft gehalten worden, um seine Demonstrationen mit teils Millionen Teilnehmern zu verhindern. Zuletzt ließ die scheidende Bundesinnenministerin Nancy Fäser (SPD) ein Nachrichtenmagazin angreifen. Doch die Auslöschungsabsicht gegen Opposition und Aufklärung gelingt nicht. Unser Sieg wird umfassend sein! (ale/bat)



Direkt zum kompakten Mag ⊙ DemokratischerWiderstand.de/NANCY

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT DW 181

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 181. Ausgabe ab Samstag, 3. August 2024. | Redaktionsschluss war am 1. August. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: *demokratischerwiderstand.de*

Chefredakteure: Anselm Lenz,.Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Marwin Benfer, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Dr. jur. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S•M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden. Jahresabo: DemokratischerWiderstand.de/Abo

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Regime sturmreif geschossen

Der Preis der Republik geht an Aya Velázquez.
LAUDATIO von Anselm Lenz

Mit der Veröffentlichung der ungeschwärzten RKI-Protokolle in der vergangenen Woche setzte die Journalistin Aya Velázquez einen Schlusstrich unter das Lügenregime.

Es ist einer der ganz großen Coups des Widerstandes, der erhebliche Wirkungstreffer im pervers lügenden *Mainstream* erzielt. Aus den ungeschwärzten RKI-Protokollen gehen die politisch Hauptverantwortlichen in der BRD und die willigen Vollstrecker des terroristischen Angriffs auf uns Menschen zweifelsfrei hervor: Es sind die Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU; a. D.) und Karl Lauterbach (SPD; amtierend).

Gemeinsam mit dem Prof. Dr. oec. publ. Stefan Homburg, Preisträger der Republik, und dem Buchautor Bastian Barucker präsentierte die zentrale Rechercheurin Aya Velázquez per einer gut aufbereiteten *Online*-Seite die gesamten RKI-Protokolle plus 1.800 Seiten Zusatzmaterial. Seither arbeitet ein Schwarm von Zehntausenden Lesern die kruden Lügen des Regimes am Orginalmaterial heraus. Die frühere DW-Redakteurin Velázquez hat damit nach ihrem großen DW-Originalbeitrag »China und der Great Reset« (#DW28 vom 27. November 2020) und ihrem Dokumentarfilm (DW berichtete) ihre dritte relevante Leistung in den zurückliegenden vier Jahren vorgelegt. Schon weit mehr und vor allem viel wirksamer als alles, was so manch Alternativ-Sternchen und V-Männchen zu Wege bringt. Allein dafür gebührt Aya Velázquez Dank, Achtung und der Preis der Republik!

»Falscher Fuffz'ger«? Nein, glaube ich nicht. Velázquez ist einfach zu intelligent für das Regime und manchmal für sich selbst. Ihr »altlinks« motiviertes Einzelgängertum führt leider auch dazu, dass Velázquez einzelne Aufklärer wie den Preisträger der Republik, Professor Dr. med. Sucharit Bhakdi, Demonstrationen und sogar die No. 1 – den DW – immer mal wieder verteufelt. Aber aus ihrer unaufgeräumten Sektierer-Ecke bringt sie doch immer wieder mal einen echt genialen Coup zustande: *Chapeau!*

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN AYA VELÁZQUEZ. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz (2020), Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, die unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Bürgerjournalist »Weichreite«, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Prof. Dr. Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assange, Colette Bornkamm-Rink, Arne Schmitt, Dr. Almuth Bruder-Bezzel, Dr. Bianca Witzschel, Paul Schreyer, Gordon Pankalla, Robert Farle, Dr. Hans-Rudolf Milstrey, Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder, Michael Stürzenberger, Monika Donner, Marcus Fuchs, Michael Wittwer, Ignaz Bearth.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Verzweiflung und Glück

EINWURF von Dr. phil. Werner Köhne

Welche Bewandtnis hat es mit dem Glück? Ist es ein flüchtiges Zufallsprodukt oder nur erlebbar im Rahmen einer wohldosierten Zufriedenheit?

Die amerikanische Verfassung nahm bekanntlich das Streben nach Glück in ihren Kanon auf - und ließ damit ab von der abendländisch religiösen Überzeugung, dass uns in diesem Erdenjammertal eigentlich kein Glück beschieden sei, dafür uns aber ein inhaltsleerer Himmel erwarte – im *Sound* einer monotonen Unendlichkeit. Je weiter die Moderne fortschritt, fragmentierten die Vorstellungen von Glück: Von Planbarkeit des Glücks war die Rede, aber auch von der Absurdität des Glücks, die sich etwa in diesem Aperçu des dänischen Philosophen Sören Kierkegaard kundtut: »Tief, tief drinnen, in der tiefsten geheimnisvollsten Verborgenheit des Glücks, wohnt auch die Angst, die Verzweiflung ist; sie möchte so gern da drinnen bleiben ; denn es ist für die Verzweiflung der liebste Ort: in tiefstem Innern des Glücks zu wohnen.«

»EIN PERFEKTER TAG«

Verzweiflung und Glück letztlich ein unzertrennliches Paar? Um diesem Befund zuzustimmen, bedarf es schon der Radikalität eines philosophischen Einzelgängers wie Sören Kierkegaard. Fünfzig Jahre zuvor fand Imanuel Kant für erfahrbares Glück diese eingängige Definition: »Der bestirnte Himmel über mir, das moralische Gesetz in mir.« Das klingt gut und durchaus poetisch, aber angesichts der babylonischen Werteverwirrung, die wir heute erleben, erhebt sich Einspruch: die durch die Vernunft geleitete Moral will sich bei dem Königsberger Denker keiner sinnlichen Erfahrung beugen. Eine ins Feld geführte Hypermoral verhindert aber gerade Glück. Sie kann keinen Sinn und keine Sinnlichkeit dafür entwickeln. Machen wir es also in dieser Frage eine Nummer kleiner mit der Suche nach dem Glück. Lou Reed, übernehmen Sie:

Just a perfect day, drink Sangria in the park
And then later, when it gets dark, we go home
Just a perfect day, feed animals in the zoo
Then later, a movie too and then home
Oh, it's such a perfect day
I'm glad I spent it with you
Oh, such a perfect day

Gesetzt den Fall, diese kleine anrührige Alltagsgeschichte wäre dem Narrativ Corona vorgeschaltet gewesen; letzteres hätte sich nie so verheerend und panisch in unserem Bewusstsein ausbreiten können. (Dr. phil. Werner Köhne nimmt am 2. August 2024 zusammen mit der Autorin Gabriele Gysi an der Eröffnung des »Corona-Tribunals, der Querdenkergerichtshof« teil.)

»GEIMPFT – GESTORBEN«

»Geimpft – gestorben« Pathologen beweisen Spritzentode | Von Jan Veil

Eigentlich hätten es offizielle Einrichtungen oder staatlich beauftragte Institute sein müssen, diese Arbeit machen. Doch da geschah nichts. Seit Frühling 2021 hat stattdessen die »Pathologiekonferenz« um Prof. Dr. Arne Burkhardt und Prof. Dr. Walter Lang eine weltweit wohl einzigartige wissenschaftliche Forschungsarbeit hinsichtlich möglicher Nebenwirkungen von Covid-19-»Impfstoffen« geleistet. Nun wurden die Erkenntnisse veröffentlicht.

Um mögliche Nebenwirkungen der Corona-Impfstoffe zu prüfen, gingen die Wissenschaftler den Dingen im wahrsten Sinne des Wortes auf den Grund: Sie untersuchten die Körper zahlreicher, in zeitlichem Zusammenhang mit den Injektionen Verstorbener mit den klassischen Mitteln der Pathologie. Bereits unmittelbar nach den ersten »Impf«-Gaben am 27. Dezember 2020 wäre es eigentlich Aufgabe der staatlichen pathologischen Stellen gewesen, die höchst riskanten Spritzenstoffe zu »validieren«, denn Pathologen hatten sich bereits frühzeitig kritisch zu den Coronamaßnahmen und dann den Spritzen geäußert.

Erinnert sei hier an Prof. Klaus Püschel, bis September 2020 Leiter des Instituts für Rechtsmedizin am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, der bereits im April 2020 mit Obduktionsergebnissen zahlreicher Covid-19-Toter aufwartete. Seine Ergebnisse wollte die herrschende Politik, die vermeintlichen Qualitätsmedien sowie etablierte Wissenschaftler innerhalb der Dunst- beziehungsweise Vernebelungskreise der Macht nicht diskutieren. Schon gar nicht öffentlich. Ein sehr ähnlicher Vorgang des Framings, der Ausgrenzung und schließlich der Zensur, wie man ihn später auch im Falle der Ergebnisse und Verlautbarungen der Pathologiekonferenz beobachten konnte, auch wenn Püschel sich damals teilweise sogar noch positiv zu bestimmten Aspekten der damaligen Coronapolitik äußerte.



Demokratinnen in Karlsruhe fordern Klarheit. Stand der Nebenwirkungsmeldungen bei der Europäischen Arzneimittelagentur EMA im Zusammenhang mit den Coronaimpfungen vom 29. Juli 2024: 29.061 Todesfälle, 668.959 schwerwiegende Nebenwirkungen. Experten gehen von einer massiven Untererfassung aus. Foto: Georgi Belickin/DW

UND DANN KAM DIE SPRITZE

Das konzertiert selbstgerechte Beiseiteschieben der Erkenntnisse von Püschels Team war lange vor dem Startschuss zu den »Impfungen« geschehen: Dessen Aufklärungstätigkeit betraf ja noch die Wirkungen des Virus selbst auf den menschlichen Organismus, nicht jene der »Impf«-Stoffe von Biontech und Co., an deren Feststellung, Verständnis und Aufarbeitung die Pathologie-Konferenz erst ein knappes Jahr später zu arbeiten beginnen konnte.

Die hier an den untersuchten Leichnamen vorgenommenen histologischen Gewebeschnitte wurden in der Regel auf Veranlassung skeptischer, beziehungsweise vom Tode eines Familienmitglieds oft sehr überraschter und mit den Ergebnissen der Erstuntersuchungen nicht zufrieden gestellter Verwandter freigegeben – zur pathohistologischen Zweituntersuchung im Reutlinger Institut Prof. Burkhardts, welcher am 30. Mai 2023 überraschend und unter tragischen Umständen verstarb.

Das Buch »Geimpft – gestorben« herausgegeben von Ute Krüger und Walter Lang, welches die Arbeiten und Erkenntnisse Arne Burkhardt zusammenfasst, ist nun über die Verlagsinternetseite letterpress.de zu erhalten. Der zahlreiche Abbildungen von Gewebeschnitten bzw. Befunden enthaltende Band ist gerade für Pathologen, Rechts- und sonstige Mediziner, aber auch für medizinisch interessierte Laien sehr gut geeignet, mehr Licht in einen der größten Skandale – nein, eigentlich den größten Skandal – in der Geschichte der Medizin zu bringen. Bleibt sehr zu hoffen, dass diese Publikation möglichst weite Verbreitung findet – gerade auch in der »Fachwelt«!

MELDUNG

SÖDER WILL VON CORONA-AUFARBEITUNG NICHTS WISSEN

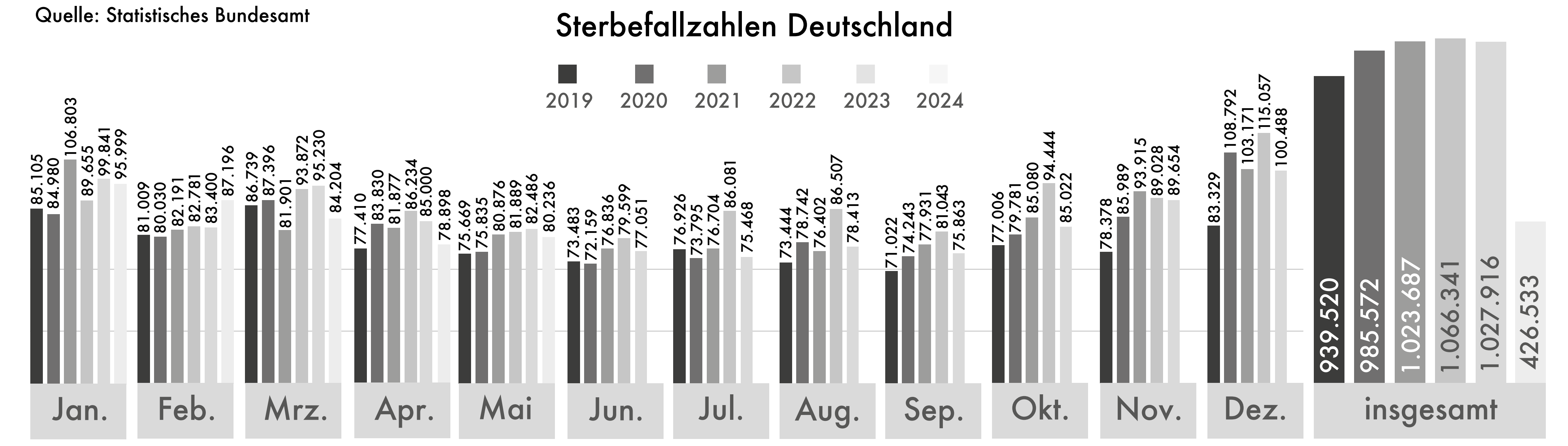
Berlin/München/DW. CSU-Chef Markus Söder machte am 14. Juli 2024 im *ZDF*-Sommerinterview klar, dass er kein Interesse an einer Corona-Aufarbeitung habe. Die »ganz große Mehrzahl« der Menschen im Land sei mit den Corona-Maßnahmen zufrieden gewesen, sie bräuchten keine Aufarbeitung, erklärte er. Einzig die AfD habe ein »wirklich ganz großes Interesse« daran. (kmü)

VOGELGRIPPE ODER CORONA-NEUAUFLAGE?

Hamburg/Dornbirn/DW. Die Konzernmedien wünschen sich offenbar weiter die nächste Pandemie herbei. »Vogelgrippe: Auf dem Weg in die nächste Pandemie?«, fragt etwa der von Bill Gates mitfinanzierte *Spiegel* am 30. Juli 2024. »Die Wissenschaftler« zeigen sich zunehmend beunruhigt. Und auch in Sachen Corona versucht die *Mainstream*-Presse, allmählich wieder Angst zu schüren. Allgemeiner Tenor: »Corona-Zahlen steigen wieder« (u.a. *Merkur*). Ähnlich sieht es in Österreich aus: In Dornbirn (Vorarlberg) wurde am 1. August 2024 aufgrund steigender Infektionszahlen bereits wieder eine Impfstraße eingerichtet. Die *Tagesschau* zeigt sich in einem Artikel auf ihrer Internetseite vom 1. August 2024 derweil hoffnungsfroh, dass künftig ein Nasenspray-Impfstoff, der in Indien sogar bereits zugelassen wurde, Corona-Übertragungen verhindern könne. (kmü)

OLYMPIONIKEN SAGEN NEIN ZU KUNSTFLEISCH

Paris/DW. Weil die Athleten bei den derzeit laufenden Olympischen Sommerspielen in Paris künstliches »Fleisch« im olympischen Dorf verweigern, wurde zusätzlich eine Tonne Fleisch eingeflogen. Dies berichtete der *Blog tkp.at* am 31. Juli 2024 unter Berufung auf australische Medien. Demnach verlangen die Sportler mehr Tierprodukte und lehnen »klimaorientierte Spiele« ab. (kmü)



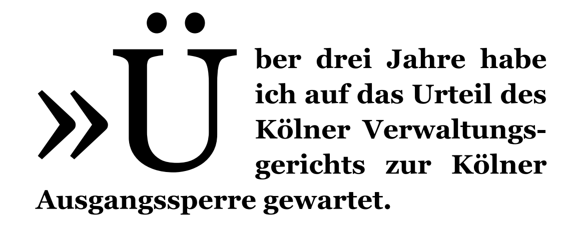
WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Stadt schützt Bürger vor selbst geschaffener Gefahr

Kölner Verwaltungsgericht bestätigt Ausgangssperre mit wirrem Urteil. Aktenzeichen: 7 K 2169/21 | Von Rechtsanwalt Gordon Pankalla



»Über drei Jahre habe ich auf das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts zur Kölner Ausgangssperre gewartet.

Dass ich den Prozess verlieren würde, war mir von Anfang an klar – ich war nur auf die kreative Begründung vom Richter Fleischfresser gespannt. Dass die Oberbürgermeisterin Henriette Reker (67, parteilos) überhaupt dazu befugt ist, in Köln eine Ausgangssperre zu verhängen, ist nach der herrschenden Meinung gar nicht möglich, dies sah das Kölner Verwaltungsgericht natürlich anders.

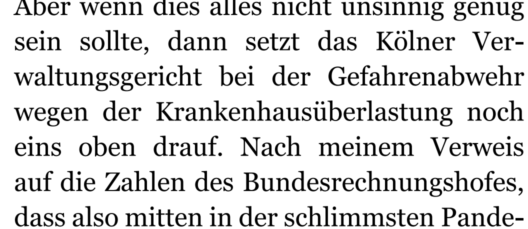
PCR-TEST ALS UNGEPRÜFTER GOLD-STANDARD

Auch sei die Ausgangssperre verhältnismäßig gewesen, die Verordnung diente jedenfalls der Gefahrenabwehr. Trotz zahlreichen Beweisanträgen wurde selbstredend kein Beweis erhoben, dies sei gar nicht erforderlich gewesen. Zwar wurde der Frage nicht nachgegangen, wie verlässlich der PCR-Test überhaupt ist, dies stehe zur Überzeugung des Gerichts aber fest. Der PCR Test bleibt also der Gold-Standard. Ob ein positiver Test allerdings bedeutet, dass Menschen ansteckend sind, wurde vom Gericht nicht überprüft. Brauchte der Richter Fleischfresser auch gar nicht feststellen, da die Behörde nach dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) einen Einschätzungsspielraum habe. Gegenfrage: Hätte die Behörde dann auch einen Luftballon-Test machen können – wer aufblasen kann, der hat kein Corona? Ob der Test was kann oder nicht, spielt also keine Rolle, solange die Behörde nur an den Test glaubt – ich dachte, Glauben wäre was für die Kirche, aber nicht für eine Verwaltung. Welche Tests benutzt wurden, wie hoch die CT-Werte waren, dass dann noch Tausende von Schulkindern zu »Test-Opfern« gemacht wurden, spielte alles keine Rolle.

IMPFSCHUTZ-NARRATIV UNGEPRÜFT BESTÄTIGT

Entgegen der inzwischen bekannten Erkenntnis, dass eine Impfung keinen Fremdschutz bietet, behauptet das Kölner Verwaltungsgericht stur: Die Ausgangssperre sei zu einem Zeitpunkt gemacht worden, als noch zu wenig Menschen geimpft gewesen waren und sich der Impfschutz erst nach und nach intensiviert habe. Den Erfolg der Maßnahme, die ja nur eine von zahlreichen Maßnahmen gewesen sei, schätzt man auf zehn Prozent. Echte Erkenntnisse dafür gibt es aber nicht und es bleibt die Frage: Wenn die Ausgangssperre doch die »Ultima Ratio« gewesen ist, um die Bevölkerung zu retten – ja wenn das alles sooo schlimm gewesen ist, wie die Stadt Köln geglaubt hat – warum durfte man dann tagsüber zur Arbeit gehen?

Das schlaue C-Virus scheint also in der Abenddämmerung besonders gefährlich und angriffslustig zu sein – davon hat das Robert Koch Institut aber meiner Kenntnis nach gar nichts berichtet. Vielleicht war es ja auch eine spezielle Kölner Variante des Virus, die eine Ausgangssperre eine Stunde früher als im Rest der BRD erforderlich gemacht hat – »Corona Colonia« oder auch die »Henriettchen Variante« genannt.



Aber wenn dies alles nicht unsinnig genug sein sollte, dann setzt das Kölner Verwaltungsgericht bei der Gefahrenabwehr wegen der Krankenhausüberlastung noch eins oben drauf. Nach meinem Verweis auf die Zahlen des Bundesrechnungshofes, dass also mitten in der schlimmsten Pandemie aller Zeiten auch noch Betten abgebaut wurden, setzt das Kölner Verwaltungsgericht entgegen, es habe aber nach den Zahlen des Rettungsdienstes mehr Anrufe gegeben und diese Notrufe könnten ja nur wegen Corona gewesen sein. Alles natürlich reine Spekulation ohne jeden Beleg. Dem setze ich entgegen, dass im Haushalt am häufigsten Unfälle passieren und dass der Rettungsdienst vielleicht deshalb angerufen wurde, weil die Menschen nicht raus konnten. Was stimmt, weiß man nicht.

WOHER DIE GEFAHR KOMMT, IST EGAL

Aber dies würde letztlich auch keine Rolle spielen, meint das Verwaltungsgericht Köln. Es könnte dahingestellt bleiben, denn: »Ob hierzu ein Bettenabbau beitrug – wofür wenig spricht – kann letztlich dahinstehen, da es für die Rechtmäßigkeit der anzustellenden Gefahrenprognose darauf nicht ankommen kann. Denn Ziel der Entscheidung ist die Gefahrenabwehr. Auf die Frage, weshalb die Gefahr entstanden ist, kommt es nicht an.«

DIESE MASSNAHMEN DÜRFEN NIEMALS HINTERFRAGT WERDEN

Moment mal, habe ich das nun richtig verstanden? Wodurch die Gefahr entsteht, darauf kommt es also gar nicht an? Das kann ja nur bedeuten, wenn durch den Bettenabbau die Gefahr erst entstanden ist, dann sei dies egal. Man hat also selbst eine Gefahr geschaffen und dann zu dieser eine Maßnahme zur Gefahrenabwehr erlassen? Echt, jetzt? Entschuldigung, liebes Kölner Verwaltungsgericht – aber das ist doch Wahnsinn! Die Verordnung sollte also allen Ernstes dazu dienen, dass man durch den Bettenabbau geschaffene Gefahren dann dadurch abwenden kann, dass man den Menschen befiehlt zuhause zu bleiben? Habe ich das richtig verstanden? Auch wenn man selbst für eine Gefahr (Bettenabbau) verantwortlich ist, kann man die Bevölkerung dazu nötigen, das Haus abends nicht mehr zu verlassen? Ist das noch Jura oder schon Satire?



DW Veranstaltung, Mauerpark Pfingsten 2021. Foto: Steve Schramm

Fazit: Wir haben es hier mit einer Entscheidung zu tun, bei der man es geschafft hat, keinen einzigen Beweis zu erheben, obwohl das Verwaltungsgericht dazu von Amts wegen verpflichtet ist. Sämtliche Beweisanträge wurden in drei Jahren nicht bearbeitet. Alles stand nur zur Überzeugung des Gerichts fest. Festgestellt wurde gar nichts! Diese Entscheidung steht für die gesamte »Corona-Justiz«, die niemals Maßnahmen der Politik hinterfragen wollte, sondern ganz nach Lothar Wieler agierte: »Diese Maßnahmen dürfen niemals hinterfragt werden« – auch nicht von einem Gericht! Wir erinnern uns aber noch an die Begründung für den ersten *Lockdown*, damals hieß es doch: »Flatten the curve« – man benötige die Zeit, um mehr Krankenhausbetten aufzubauen. Aber nun meint man, auch wenn man die Betten abgebaut hat, könne man eine Maßnahme der Gefahrenabwehr damit begründen, weil man selbst die Gefahr geschaffen hat. Da fühle ich mich als Jurist und Bürger verarscht.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

DAS COMPACT-VERBOT IST JURISTISCH HALTLOS (TEIL 1)

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. jur. Martin Schwab

Das Verbot des Magazins *Compact* lässt sich in einer einzelnen Kolumne nicht sinnvoll abhandeln. Deswegen setze ich mich mit diesem Verbot in einer DW-Kolumnen-Serie auseinander. Heute behandle ich die verfassungsrechtlichen Grundlagen und die Frage, ob das Verbot auf das Streben nach einem »Regime-/Systemsturz« gestützt werden kann.

Die Compact Magazin GmbH wird nach Paragraph 17 Nummer 1 im Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (VereinsG) deshalb dem Anwendungsbereich des Vereinsgesetzes unterstellt, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte. Aufgegriffen wird dabei der Verbotstatbestand des Artikel 9 Absatz 2, Satz 2, Alternative (Alt.), Grundgesetz.

Das Verbot ist, so das Bundesverfassungsgericht (Beschluss vom 13. Juli 2018 – 1 BvR 1474/12, 1 BvR 670/13, 1 BvR 57/14, BVerfGE 149, 160) »nicht bereits zu rechtfertigen, wenn sie sich kritisch oder ablehnend gegen diese Grundsätze wendet oder für eine andere Ordnung eintritt. Art. 9 Abs. 2 GG ist – auch unter Beachtung von Art. 5 sowie Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG – kein Weltanschauungs- oder Gesinnungsverbot und zielt weder auf innere Haltungen noch auf bestimmte politische Überzeugungen«. Nicht einmal die Verbreitung verfassungsfeindlicher Inhalte genügt danach für ein Verbot; denn das Grundgesetz vertraue darauf, dass derartige Inhalte sich im freien Diskurs nicht werden durchsetzen können. »Daher ist zur Rechtfertigung eines Vereinigungsverbotes entscheidend, ob die Vereinigung als solche nach außen eine kämpferisch-aggressive Haltung gegenüber den elementaren Grundsätzen der Verfassung einnimmt« (beide Zitate ebenda Rn. 108).

ABLÖSBARKEIT DER REGIERUNG

In der Verbotsverfügung wird gerügt, in Beiträgen des *Compact*-Magazins werde zum Sturz der Regierung beziehungsweise des »Regimes« aufgerufen. Indes: Zu den elementaren Grundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehört die Ablösbarkeit der Regierung. Diese kann bei Gelegenheit einer regulären Parlamentswahl geschehen, aber auch während einer laufenden Legislaturperiode – nämlich durch eine gescheiterte Vertrauensfrage, durch ein konstruktives Misstrauensvotum oder einfach dadurch, dass die amtierende Regierung zurücktritt.

Wenn die Bundesinnenministerin unterstellt, dass in *Compact*-Veröffentlichungen andere, nicht im Grundgesetz vorgesehene Mechanismen der Ablösung der Regierung gemeint sein sollen, müsste sie dies belegen. Solche Belege finden sich insbesondere nicht auf Seiten 60 folgende der Verbotsverfügung. Dort wird beanstandet, dass demokratisch gewählte Politiker als personifizierte Feindbilder dargestellt würden, und folgert daraus, dass das demokratische System delegitimiert werde. Schon die Prämisse stimmt nicht: Gewiss werden auf den Abbildungen S. 61 und 62 Politiker abgebildet und in einen negativen Kontext gestellt. Dies geschieht aber immer im Zusammenhang mit Sachthemen, die erkennen lassen, warum jene Politiker negativ konnotiert werden – nämlich deshalb, weil die *Compact*-Verantwortlichen auf bestimmten Politikfeldern mit dem Reden und Handeln der jeweils abgebildeten Personen in der Sache nicht einverstanden sind.

Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Aber selbst wenn es sich um personifizierte Feindbilder handeln würde, ließe sich daraus keine aggressiv-kämpferische Haltung gegen die Mechanismen demokratischer Willensbildung ablesen. Polemische Angriffe gegen den politischen Gegner ad personam sind zwar nicht schön, gehören aber seit jeher zum Standardrepertoire des demokratischen Meinungskampfes.

Soweit es in Compact-Veröffentlichungen um »Systemsturz« geht, müsste näher beleuchtet werden, welches »System« gemeint ist. Sollte die Beseitigung der im Grundgesetz vorgesehenen Institutionen propagiert werden, wäre in der Tat die Schwelle zu einer kämpferisch-aggressiven Haltung gegen elementare Grundsätze der Verfassung überschritten. Mit »System« könnte aber auch gemeint sein, dass die Compact-Akteure die Verfestigung tatsächlicher Machtstrukturen befürchten beziehungsweise festgestellt zu haben glauben, die ihrerseits der freiheitlich-demokratischen Grundordnung widersprechen und in der Rechtswirklichkeit zu einer Schieflage in der Ausbalancierung staatlicher und gesellschaftlicher Macht führen. Wenn »Systemsturz« in dem Sinne gemeint sein sollte, dass diese (tatsächliche oder vermeintliche) Schieflage korrigiert werden soll, wäre ein Vereinigungsverbot nicht begründbar.

Für die Annahme, dass die Compact-Akteure mit »Systemsturz« die zuletzt genannte Variante gemeint haben könnten, sprechen die folgenden Umstände: In der Verbotsverfügung mehrfach der Begriff »Finanzeliten« identifiziert. Ferner werden zahlreiche Compact-Fundstellen identifiziert, in denen die politische Einflussnahme der »Hochfinanz« beklagt wird. Dies deutet darauf hin, dass es den Compact-Akteuren darum gegangen sein könnte, einer Allianz von Macht und Geld entgegenzutreten, die sie identifiziert zu haben glauben. Ich sehe in der Verbotsverfügung noch nicht einmal den Ansatz eines Versuchs, den Begriff »Systemsturz« in der vorstehend angemahnten differenzierten Weise auszudeuten.

(Diese Kolumnenserie von Prof. Dr. jur. Martin Schwab wird in mindestens vier weiteren DW-Ausgaben fortgesetzt.)

MELDUNG

+++ IN ALLER KÜRZE BERICHTET +++

+++ Laut aktueller Insa-Umfrage für *Bild* kommen die Bündnisgrünen nur noch auf 10 Prozent. CDU/CSU liegen bei 30 Prozent vor der AfD mit 18 Prozent. +++ Wie die *Welt* am 30. Juli 2024 berichtete, hat Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrüne) über sein Ministerium und sein Bundestagsbüro seit April 2023 etwa 700 Anzeigen wegen sogenannter »Hassnachrichten« erstattet. +++ (kmü)

Lasset die Spiele verenden!

Dreht Faeser nun völlig frei? – Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, da machen wir mal außerplanmäßig drei Wochen Redaktionspause und prompt überschlagen sich die Ereignisse in aller Welt. Wahnsinn, was in der kurzen Zeit alles passiert ist. Ich fasse die laut *Bild*-Zeitung wichtigsten Meldungen einmal kurz für Sie zusammen: Ex-Formel-1-Pilot Ralf Schumacher *outete* sich als schwul. Der sogenannte *Comedian* Oliver Pocher will, dass seine Noch-Frau nicht mehr Pocher heißt. Und Systemkünstlerin Lena Meyer-Landrut kränkelt mal wieder. Wir wünschen gute Besserung!

Ach ja, und da war noch die Fußball-Europameisterschaft. Mein Gott, wie die Zeit vergeht. Ist gefühlt ja schon eine Ewigkeit her, als die DFB-Elf nach furiosem Kampf unglücklich im Viertelfinale gegen den späteren Europameister Spanien ausschied. Was bleibt vom Turnier in Erinnerung? Ganz Deutschland regte sich über einen nicht gegebenen Handelfmeter mehr auf als über entzogene Grundrechte und Spritzen-Terror während einer *Fake*-Pandemie, das Abwracken der heimischen Wirtschaft, eine gesprengte Gas-Pipeline, Kriegstreiberei oder Politiker, die in Korruptionsskandale verwickelt sind wie etwa Ursula von der Leyen, die EU-Kommissionspräsidentin bleibt, »nicht, obwohl sie korrupt ist, sondern, weil sie korrupt ist«, wie der österreichische Rapper Kilez More am 18. Juli auf X anmerkte. Aber zurück zur EM: Den Unmut über das Viertelfinal-Aus ließ ein Teil der deutschen Fans im weiteren Turnierverlauf seltsamerweise am Spanier Marc Cucurella aus, dabei war es doch der Unparteiische, der dem Nagelsmann-Team den Elfmeter verwehrt hatte. Mehr muss man über den Zustand unserer Nation nicht wissen. Erinnert an die Mär von der »Pandemie der Ungeimpften«. Man braucht immer einen Schuldigen und sucht sich dabei treffsicher oder auch vorsätzlich stets den Falschen aus.

Und schon sind wir bei den – jedenfalls für die meisten Menschen in diesem Land – offenbar weniger wichtigen Ereignissen der vergangenen Wochen. Am 23. Juli konnten dank eines *Whistleblowers* die vollständigen entschwärzten RKI-Protokolle der Öffentlichkeit präsentiert werden. Haben Sie danach auch den lauten Aufschrei von Impffanatikern wie Campino, Grönemeyer, Maffay & Co mitbekommen?

Nancy Faeser @NancyFaeser

Ohne #Pressefreiheit keine Demokratie. Wer Medienschaffende angreift, beleidigt und an der Arbeit hindert, greift unsere Demokratie an. Umso wichtiger ist es, sie vor Übergriffen zu schützen – auch und gerade auf Demonstrationen.

Translate post

9:53 AM · Apr 20, 2021

Wie jetzt? Dieser *Tweet* von Innenministerin Nancy Faeser stammt vom 20. April 2021. Am 16. Juli 2024 ließ sie per Regimetrupp Geschäftsräume und Wohnung von *Compact*-Chefredakteur Jürgen Elsässer stürmen. Foto: X

Nein? Kein Wunder, den gab's nämlich nicht! Ich würde wetten, dass sich diese Herren mit den RKI-Protokollen noch keine Sekunde beschäftigt haben. Auch viele »Otto Normalbürger« wollen davon nichts wissen. Verstehe ich nicht, schließlich waren weder Putin noch Trump noch die AfD für die Veröffentlichung der Protokolle verantwortlich. Wird Zeit, wie Journalist Henning Rosenbusch am 24. Juli auf Telegram forderte, dass man endlich das »RKI zum Verein« erklärt. »Und die Ampel gleich mit.« Aber zum Verbot des *Compact*-Magazins komme ich gleich.

RÜCKTRITT – WEIL TRUMP ÜBERLEBTE?

Apropos Donald Trump: Der ehemalige und wohl künftige US-Präsident ist am 13. Juli 2024 auf einer Wahlkampfveranstaltung in der Nähe von Butler (Pennsylvania) zu Boden gestürzt und hat sich dabei möglicherweise wehgetan. Das musste man jedenfalls nach den ersten Meldungen der Systemmedien annehmen. So berichtete etwa die *Tagesschau* zunächst von einem »Zwischenfall« mit »lautem Knall«. Letzteres wunderte mich, weil ich bis dato fest davon ausging, dass man im ÖRR den Schuss nicht gehört hätte. Die Berichterstattung der Zwangsgebührenempfänger wird jedenfalls immer absurder. Ein X-Nutzer malte sich aus, wie die *Tagesschau* heute wohl über die Terroranschläge vom 11. September 2001 berichten würde: »Angeblich Rauchentwicklung nach Vorfall mit mutmaßlichen Wolkenkratzern.« Zum Glück: Das Attentat auf Trump misslang. Kimberly Cheatle, Chefin des *Secret Service*, zog inzwischen Konsequenzen und trat zurück. Weil Trump überlebt hat?

Bis vor kurzem war man noch ein Rechtsextremer, wenn man es wagte, den Gesundheitszustand von »Sleepy Joe« zu thematisieren, obwohl sein kognitiver Verfall schon seit langem nicht zu übersehen war. Man erinnere sich nur, als Biden vor zwei Jahren sogar einem Geist die Hände schütteln wollte. Gruselig! Es war wohl noch nie so offensichtlich wie heute: Wir werden von Marionetten regiert. Auf dem Nato-Gipfel Mitte Juli stellte Biden Schauspieler Selenskyj als »Präsident Putin« vor. Aber *ZDF*-Korrespondent Elmar Theveßen behauptete noch am 17. Juli 2024 allen Ernstes: »Biden sitzt gerade fester im Sattel.« Wer sich über derartige ÖRR-Experten noch wundert, sollte endlich mal über seinen Fernsehkonsum nachdenken. Wer auch heute immer noch *ARD* und *ZDF* guckt, hat die Kontrolle über sein Leben längst verloren. Dazu passt: In der BR-Sendung »jetzt red i« am 24. Juli wurde eine natürlich völlig »zufällig ausgewählte Bürgerin« befragt, die in höchsten Tönen von Wirtschaftsminister Robert Habeck schwärmte und – welch Überraschung – sich hinterher als *Social-Media-Managerin* der Grünen im bayerischen Landtag entpuppte. Vorfälle wie dieser sind gefühlt inzwischen eher die Regel als die Ausnahme.

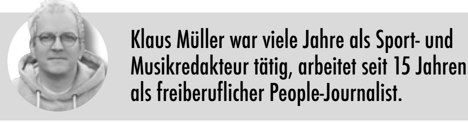
Zurück zu den USA: Jetzt hat sich also »Kamelhaar« Harris, die viele für die amerikanische Annalena Baerbock und für noch irrer als Biden halten, de facto die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten gesichert. Die *Welt* bezeichnete Harris in einem Artikel am 21. Juli 2024 noch als »eine denkbar schlechte Wahl«. Darin war in Bezug auf sie von »politischer Beliebigkeit«, »Narzissmus« und »pseudointellektuellen Worthülsen« die Rede und von einer »Profilneurotikerin mit Eliten-Anstrich, die dem sozial gebeutelten Land nur Kalendersprüche und *Diversity-Talk* zu bieten hat«. Witzig finde ich, wie die Systemmedien nun inzwischen wieder die Propaganda-Maschinerie angeworfen haben und Harris' Sieg bei den US-Präsidentschaftswahlen herbeischreiben wollen. Vielleicht sollte denen mal jemand sagen, dass sie in Amerika nicht gelesen werden.

WELCHE BUCHSTABEN WERDEN ALS NÄCHSTES VERBOTEN?

Vorerst nicht mehr gelesen werden, darf seit dem 16. Juli 2024 das *Compact*-Magazin. Findet die *Tagesschau* natürlich prima und führt als passenden Beleg für das Verbot auf: »*Compact* sprach von sich selbst als ›Widerstand‹, seit der Pandemie wurde das politische System als Corona- oder Impf-›Diktatur‹ diffamiert. In einer Sendung zur Vogelgrippe hieß es kürzlich, ›neuer Impfterror‹ sei im Anmarsch, während der Corona-Pandemie seien die Menschen ›zwangsgeimpft‹ worden.« Tja, im »besten Deutschland aller Zeiten« wird die Wahrheit eben kriminalisiert. Und nach dem »Z« wurde nun auch das »C« verboten. Irgendwann wachen wir auf »und das ganze Alphabet ist verboten«, warnte Buchautor Oliver Janich am 18. Juli auf Telegram. Nicht, dass als nächste Buchstaben »D« und »W« folgen.

Kommen wir zu Olympia. Haben Sie die Eröffnungsfeier gesehen? Dort wurde das Team Südkorea als Nordkorea vorgestellt. »Kann man schon mal machen. Ist halt keine gute Idee«, bemerkte Journalist Nico daVinci auf Facebook. Und zum »queeren Abendmahl« schrieb mir Peter Hahne per *Mail*: »Das ist der Höhepunkt der Selbstzerstörung unserer europäischen Kultur. Nichts ist mehr heilig. Aber selbst die Evangelische Kirche in Deutschland lobt diese beispiellose Blasphemie doch als bunte Bereicherung kultureller Vielfalt. So wie die Bischöfe ja einst auf dem Jerusalemer Tempelberg ihre Kreuze ablegten und Christus verleugneten. Kollege Peter Scholl-Latour hatte recht. Er sagte einst: ›Ich fürchte nicht die Stärke des Islam, sondern die Schwäche des Christentums.‹« Ich würde in Baerbockscher Sprache anmerken: Lasset die Spiele verenden!

Zum Abschluss noch was Erfreuliches: Am 21. Juli 2024 war – kein Witz, sondern einfach nur noch irre – laut Konzernmedien weltweit der heißeste Tag der Menschheitsgeschichte. Da Sie diese Zeilen hier gerade lesen, darf ich Ihnen freudigst mitteilen: Sie haben nach Corona – ich erinnere an Jens Spahns Worte Ende 2021: »Geimpft, genesen oder gestorben« – auch die Gluthitze überlebt. Herzlichen Glückwunsch. Und bis nächste Woche!



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14.00 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17.00 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
LÖRRACH: Samstag 10.00 • SWR Regional • Gemeinwohl Seminar
WIESBADEN: Samstag 19.30 • Wiesb.Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11.00 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ALSENZ, 18 Uhr, am Marktplatz – ALTENHUNDEM, 19 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – BAD BERGZABERN, 18:30 Uhr, am Schloss – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CADOLZBURG, 18 Uhr, am Rathaus – CRIMMITSCHAU, 18 Uhr, am Markt – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EHRENFRIEDERSDORF, 19 Uhr, am Markt – ENDINGEN AM KAISERSTUHL, 19 Uhr, am Rathaus – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – FRÄNKISCH-CRUMBACH, 18 Uhr, am Rathaus – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – HAUENSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – KIEFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – PAUNZHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus – Perleberg, 18 Uhr, Großer Markt – RECHBERGHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – RIPPOLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – SCHARBEUTZ, 18 Uhr, am Seebrückenplatz – SCHWARZENBEK, 17:30 Uhr, am Rathaus – TANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Rathaus – UNTERGRUPPENBACH, 18 Uhr, Rathaus.



DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 3.8.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 3.8.2024	Berlin, Höfjägerallee	GROßDEMO
Sa, 3.8.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 3.8.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 3.8.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 3.8.2024 14-16 Uhr	Freiburg, Konrad-Adenauer-Platz, Am Konzerthaus	Demoaufzug
Sa, 3.8.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 3.8.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 3.8.2024 18-20 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Sa, 3.8.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 4.8.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 5.8.2024 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 5.8.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 5.8.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 5.8.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 5.8.2024 19-20 Uhr	Cham in Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 5.8.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 5.8.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 5.8.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18:45-21 Uhr	Feucht, Altdorfer Str., am Schneckenbrunnen	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 5.8.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 5.8.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-19 Uhr	Höxter, Weserstr. 11	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18:30-19:30 Uhr	Jena, am Markt	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-19 Uhr	Melsungen, Am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18:30-21 Uhr	Neubrandenburg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 5.8.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 5.8.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 8.7.24 18-19:30 Uhr	Solingen, Am Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 5.8.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 5.8.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 5.8.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 5.8.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 5.8.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 5.8.2024 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 30.7.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 6.8.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 6.8.2024 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 6.8.2024 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 6.8.2024 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 7.8.2024 15-16:30 Uhr	Bielefeld, Rathausplatz	Spaziergang
Mi, 7.8.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 7.8.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 7.8.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 7.8.2024 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 7.8.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 7.8.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 7.8.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 7.8.2024 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 7.8.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 7.8.2024 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 7.8.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 8.8.2024 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 8.8.2024 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 8.8.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 8.8.2024 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 8.8.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 8.8.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 8.8.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 8.8.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 8.8.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 9.8.2024 18-19:30 Uhr	Bielefeld, Jahnplatz	Spaziergang
Fr, 9.8.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 9.8.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 3.8.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 9.8.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 9.8.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 9.8.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 9.8.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN

QUERDENKER GERICHTSHOF

DAS CORONA-TRIBUNAL WURDE ERÖFFNET

KOLUMNE FÜR KARL HILZ,
dem verstorbenen Gründer der Polizisten für Aufklärung e.V.

Zum Veröffentlichungsdatum dieser DW-Ausgabe wird sie bereits stattgefunden haben: Die offizielle Eröffnung des Corona-Tribunals – der Querdenkergerichtshof. Mit dabei: Rechtsanwalt Ralf Ludwig (ZAAVV), Gabriele Gysi (Kulturschaffende) und Dr. Werner Köhne, DW-Kolumnist und Buchautor der »Minima Mortalia«.

In #DW174 fragten wir den großen Journalisten und Regierungskritiker Uli Gellermann: »Auf die Äußerung Jens Spahns' hin, eine »Aufarbeitung darf kein Querdenkergerichtshof« werden, haben wir natürlich gleich den Querdenkergerichtshof angekündigt. Der wird nun ab 2. August 2024 stattfinden. Können Sie sich eine Zusammenarbeit der beiden Volksgerichtshöfe vorstellen?« Gellermann: Das von mir vorgeschlagene Tribunal existiert bisher nur als Idee, von der ich hoffe, dass sie von anderen aufgenommen und mitgetragen wird. Dass der DW bereits einen Querdenkergerichtshof vorbereitet, finde ich großartig. Ich würde gern mehr davon wissen und Euren Beginn journalistisch verarbeiten. In der Vernetzung der verschiedenen Initiativen liegt die Chance jener Kraftentfaltung, die zur historischen Aufarbeitung und zur Stärkung des Widerstands gegen jene Staatsgewalt führt, die gestern ein scheinbar gesundes Zwangsregime einführen wollte und heute einen großen Krieg befeuert.«

VERBRECHER MIT NAMEN NENNEN

Den Aufgabenbereich des Querdenkergerichtshofes grenzte Gellermann wie folgt ein: »Ein Corona-Tribunal sollte die Verbrechen des Corona-Regimes definieren, die Verbrecher mit Namen nennen und sie öffentlich aburteilen.« – Doch auch die Befreiung politischer Gefangener ist dem DW ein Anliegen. Zuletzt wurde unser DW-Ehrenherausgeber, der Journalist Julian Assange, aus der Folterhaft in London entlassen. Doch Inhaftierte unserer Demokratiebewegungewegung harren weiter ihrer Befreiung, darunter befinden sich (Postanschriften)

- Justizvollzugsanstalt Landshut, Maximilian Eder, Berggrub 5 84036 Landshut, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Justizvollzugsanstalt Sehnde, Michael Fritsch, Schnedebruch, 31319 Sehnde, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Justizvollzugsanstalt Koblenz, Dr. Dorothea Thul, Simmerenerstr. 14a, 65075 Koblenz, fingierter Vorwurf des Regimes: Volksverhetzung
- Justizvollzugsanstalt Stammheim, Rüdiger von Pescatore, sperger Str. 60, 70439 Stgt.-Stammheim, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Justizvollzugsanstalt Stammheim, Andreas Meyer, Aspergerstr. 60, 70439 Stgt.- Stammheim, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Justivollzugsanstalt Schw.-Gmünd, Johanna Findeisesn-uskoswiak, Herlikoferstr. 19, 73527 Schwäbisch Gmünd, ingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Justizvollzugsanstalt Mannheim, Dr. Jürgen Peters, Herzogenriethstr. 11, 68169 Mannheim, fingierte Vorwürfe des Regimes: Ausstellen von Maskenattesten, Verschreibung von Cannabis an Patienten. (ale/jro)



Intellektueller, Filmemacher, echter Journalist: Uli Gellermann entwarf das Corona-Tribunal mit. Er ist auch Herausgeber des Buches »Schwarzbuch Corona«. Foto: Archivbild



BERLIN, BERLIN, WIR FAHREN NACH BERLIN!

Die Vorfreude ist groß: Am 3. August steigt in der Hauptstadt die große Querdenken-Demo für Frieden, Freiheit und Wahrheit. Wir gingen im Vorfeld auf Stimmenfang bei Demokraten, die erklären, warum demokratischer Widerstand in diesen Zeiten wichtiger denn je ist.

AUFGEZEICHNET von Klaus Müller



Prof. a. D. Dr. Andreas Sönnichsen, Arzt für Innere und Allgemeinmedizin Foto: Privat

»Als Arzt liegt mir nicht nur die körperliche Gesundheit der Menschen am Herzen, sondern auch, wie wir als Menschheitsfamilie miteinander umgehen, uns gegenseitig wertschätzen, uns auch in unserer Verschiedenheit und unseren Widersprüchen achten, und vor allem, dass wir in Frieden miteinander auf unserer Erde leben. Der jüngste NATO-Beschluss macht das Gegenteil und laut unserer Regierung soll Deutschland wieder kriegstauglich gemacht werden. Dazu sagen wir entschieden ›Nein‹. Deshalb werde ich am 3. August in Berlin sein und an der Grossdemo für den Frieden südlich der Siegessäule teilnehmen. Die Aufgabe Deutschlands muss es sein, zwischen Konfliktparteien zu vermitteln und Frieden zu stiften und nicht, die Rüstungsspirale immer weiter zu eskalieren. Kommt daher bitte zahlreich nach Berlin. Setzen wir gemeinsam ein unmissverständliches Zeichen für den Frieden!«

»Ich war schon bei den großen August-Demos 2020 dabei, die mir sehr viel Kraft gegeben haben. Es war ein sehr schöner Austausch mit völlig fremden Menschen. Jetzt freue ich mich auf den 3. August und hoffe natürlich, dass es auch dann wieder friedlich ist und erneut dieses starke Gemeinschaftsgefühl entsteht. Gerade in diesen Zeiten, in denen die Politik mit Hilfe der *Mainstream*-Medien ständig ›Krieg schürt‹ und uns wie Pistorius schon auf den Dritten Weltkrieg vorbereitet, ist es wichtig, ein klares und deutliches Zeichen für den Frieden zu setzen. Kein Mensch, der auch nur ein bisschen Intelligenz vorweist, kann sich für einen Krieg entscheiden. Ich habe in meinem Leben noch keinen Krieg erlebt und selbstverständlich möchte ich das auch nicht erleben. Ich denke, dass es den meisten so geht. Aus diesem Grund hoffe ich sehr, dass sich uns am Samstag sehr viele Menschen anschließen werden.«



Ilse Ziegler, Freiheitsaktivistin Foto: Privat



Dero Goi, Musiker und Ex-Sänger von Oomph!, aktuelle Single: »Whistleblower« Foto: Agata Nigrovskaya

»Besonders seit der Coronazeit wird uns allen schmerzlich bewusst, dass man Krisen, die bewusst herbeigeführt werden, dazu nutzt, um immer mehr Freiheiten, Menschen- und Grundrechte einzuschränken und zurückzubauen. Wir werden nach Strich und Faden belogen und betrogen und zwar in allen Bereichen – von der sogenannten Migrationskrise über die Coronapolitik und den Gender-Wahnsinn bis hin zur angeblichen Klimakrise. Wer seinen Kindern und Enkeln ermöglichen möchte, in einer freien Welt zu leben, der sollte sie nicht nur so erziehen, dass sie selbstständig und kritisch denken, sondern auch friedlich mit ihnen gemeinsam auf die Straße gehen, so wie das mit mir Hunderttausende schon im August 2020 anlässlich der Corona-Maßnahmen taten. Es wird immer dringlicher. Die Zeit läuft ab. Die Agenda 2030 nimmt immer mehr Formen an. Wir sollen nichts besitzen und glücklich sein. Wen die mächtigen Eliten damit meinen, ist klar: Nicht sich selbst, sondern uns! Nicht erst in den letzten Jahren haben sie bewiesen, dass sie uns wie Laborratten behandeln und uns dabei systematisch gegeneinander aufhetzen. Wir sollen uns künftig nur noch von Insekten ernähren, während sie, die dies beschlossen haben, weiterhin ihr mit Blattgold vergoldetes Kobe-Rind, Kaviar samt Schampus vertilgen. Während wir dann nur noch sehr eingeschränkt reisen dürfen, schippern sie in ihrem psychopathisch-dekadenten Selbstverständnis natürlich weiterhin auf ihren Luxusyachten durch die Weltmeere und fliegen in ihren Privatjets um die Welt, selbstredend um selbige zu retten. Wir sollten uns nicht einreden lassen, dass wir uns immer mehr einschränken sollen, um das Klima zu retten, während Kriege vom Zaun gebrochen werden, die als größte CO_2-Emittenten gelten. Wir sollten uns nicht einschüchtern lassen von nur etwa einem Prozent der Bevölkerung, das uns versklaven will und so superreich ist, dass es sich ganze Medienhäuser, wissenschaftliche Institute samt willfährigen ›Experten‹ kaufen und Politiker einsetzen und schmieren kann, um seine unheilige Agenda durchzubringen. In diesem Sinne, liebe Freunde: Zeigen wir dem einen Prozent am 3. August in Berlin, dass wir mehr sind und zwar deutlich mehr.«



Colette Bornkamm-Rink, Sozialaktivistin, Stadträtin Aschersleben Foto: Privat

»Das Regime schlägt immer verzweifelter um sich. Das zeigt auch das *Compact*-Verbot. Die Meinungsfreiheit wird immer weiter eingeschränkt. Am 27. Juli 2024 war ich als Rednerin auf einer Kundgebung in Gera. Auch dort ging es nur noch um Schikane: Freundlichen Menschen wurde sogar verboten, Eis und Kuchen zu verschenken. Es ist unfassbar. Wir müssen jetzt ein klares Zeichen setzen. Wir dürfen nicht resignieren, uns nicht verängstigen lassen. Wir müssen gerade jetzt noch mehr zusammenhalten als je zuvor. Allen muss klar sein: Dieses Regime verschont am langen Ende niemanden. Jedem von uns geht es früher oder später an den Kragen. Sie legen willkürlich fest: Was heute in Ordnung ist, kann morgen bereits verboten sein. So kann es nicht weitergehen. Denn sonst enden wir in einer Diktatur. Also: Raus auf die Straße! Ich hoffe, Berlin wird so etwas wie eine Initialzündung. Wir brauchen ein klares Zeichen in Form von starken Bildern. Je mehr Menschen am 3. August auf der Straße sind, desto besser. Natürlich werden die Staatsmedien die Demo wieder *framen*, aber in den sozialen Medien werden die Fotos viral gehen. Die Wahrheit lässt sich nicht aufhalten. Die Demo in Berlin kann dafür sorgen, dass viele Menschen nun auch wieder im eigenen Ort aktiver werden. In DDR-Zeiten hatten wir dieses Gefühl: Es liegt was in der Luft. Man konnte es förmlich fühlen. Immer mehr Menschen standen auf. Dieses Signal brauchen wir auch jetzt – für uns und für die politische Hampelbude in Berlin. Die dürfen nicht das Gefühl haben, dass wir uns alles gefallen lassen und wir bereits resigniert haben. Das Gegenteil ist der Fall. Also, auf geht's!«

Weitere Stimmen zur Berlin-Demo am 3. August 2024 lesen Sie auf Seite 10 dieser Ausgabe.

»Die Gewaltenteilung funktioniert nicht«

Interview mit dem unabhängigen Journalisten Henning Rosenbusch | Von Klaus Müller

DW: Am 23. Juli haben die Journalistin Aya Velázquez und ihre Mitstreiter, der freie Journalist Bastian Barucker und Finanzwissenschaftler Prof. Stefan Homburg, die gesamten ungeschwärzten Protokolle des RKI-Krisenstabes aus den Jahren 2020 bis 2023, die ein *Whistleblower* Velázquez zukommen ließ, vorgestellt. Was ist aus Ihrer Sicht die wichtigste Erkenntnis daraus?

Henning Rosenbusch: Wir wissen nun, dass das RKI, teils entgegen eigener wissenschaftlicher Erkenntnisse, wiederholt politische Weisungen umgesetzt hat. Besonders entscheidend ist dies aus meiner Sicht, wenn es dabei um die Veränderung oder Aufrechterhaltung der Gefahrenstufe ging, wie etwa bei zwei Sitzungen im Juni 2020, seinerzeit wurde vom Bundesministerium für Gesundheit vorgegeben, die Risikobewertung auf »sehr hoch« zu belassen. Für die Gerichte war diese Einstufung für zahlreiche Urteile zu den Maßnahmen maßgeblich. Dies ging schon aus der ersten Veröffentlichung hervor, aber nun sehen wir, dass es sich dabei eher um die Regel als um die Ausnahme handelte. Im Urteil zur Bundesnotbremse beruft sich dann das Bundesverfassungsgericht einzig auf dieses weisungsgebundene RKI, so sei Sorge getragen, dass die notwendigen Informationen »erhoben und evaluiert werden«. Letzteres ist übrigens, trotz zahlreicher politischer Ankündigungen und Versprechungen, nicht nur in Bezug auf die Grundrechtseinschränkungen, sondern auch in Bezug auf die sogenannte Impfung nie wirklich zufriedenstellend durch RKI oder PEI geleistet worden.

DW: Das heißt?

H.R.: Die Gewaltenteilung als tragendes Funktionsprinzip eines Rechtsstaats funktioniert so nicht und wurde ad absurdum geführt, so kann jedenfalls nicht adäquat festgestellt werden, ob ein Gesetz im Einklang mit dem Grundgesetz steht oder nicht. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip – ein für Rechtsstaaten essenzieller Grundsatz, der besagt, dass bei Eingriffen in persönliche Rechte, die im Falle eines öffentlichen Interesses als zulässig gelten, ein gewisses Maß zu halten ist – ist und war so nicht gewährleistet.

»JEDER EINZELNE TAG AUFSCHUB SCHADET«

DW: Sie haben im Zuge der jüngsten Veröffentlichung kritisiert, dass der *Leak* schon früher an die Öffentlichkeit gemusst hätte. Auch Paul Schreyer hatten Sie einst dafür kritisiert, dass er die ersten Dokumente »fast ein Jahr in Schubladen vergammeln« ließ. Warum wäre das Ihrer Meinung nach wichtig gewesen?

H.R.: *Multipolar* hatte die ersten geschwärzten Protokolle seit April 2023 vorliegen und wollte laut Schreyer auf das Urteil zur Entschwärzung warten. Erst im März 2024 erfuhr die Öffentlichkeit davon. Der Mensch vergisst schnell und verdrängt gerne. Es wäre besser gewesen, wenn die Erinnerungen an die staatliche Übergriffigkeit frischer gewesen wären. Und wenn es um Schnelligkeit geht, ist der sogenannte Schwarm, also die Masse der Internetnutzer, unschlagbar. Natürlich soll und muss *Multipolar* hier auch von seiner Arbeit mit der Klage profitieren und darf sich etwas Zeit für eine Exklusivstory nehmen. Aber hier geht es um dermaßen viel, dass jeder einzelne Tag Aufschub schadet.



Früher arbeitete er als Journalist und Fotograf u. a.. für die Neue Presse Coburg und das Landestheater Coburg, seit der *Fake*-Pandemie klärt Henning Rosenbusch in den sozialen Medien auf pfiffige Art und Weise über die politischen Geschehnisse auf. Foto: privat

DW: Sie forderten zudem mehr Transparenz in den Fragen, was bereits gefunden, analysiert und aussortiert wurde und zeigten sich enttäuscht, dass Sie, obwohl Sie nur Fragen gestellt hatten, aus den Reihen der maßnahmenkritischen Menschen attackiert wurden. Andere wiederum schossen sich auf Aya Velázquez ein. Wie sehen Sie diese »Unruhe« um die RKI-*Leaks* nun mit ein paar Tagen Abstand?

H.R.: Ich hatte mich, nach einigen Zuschriften von Lesern, die mich auf »Unregelmäßigkeiten« in den *Leaks* hingewiesen hatten, zuerst am 25. Juli auf die Seite von Velázquez und Co gestellt und »mehr Fleisch« gefordert, bevor Verdächtigungen geäußert werden oder man sich die Person vornimmt. Tags darauf gab es dann aber aus meiner Sicht berechtigte Fragen zur Anzahl von unterschiedlichen Protokoll-Versionen und auch weil es wohl bei der Umwandlung der ihr vorliegenden Word- zu PDF-Dateien zu Auffälligkeiten im Vergleich mit den bisher bekannten Dokumenten gekommen war. Erst als Velazquez drei Tage nach der Pressekonferenz auf X auf diese Word-Dateien hinwies, die bis dato der Öffentlichkeit unbekannt waren, und erläuterte, dass sie eine redaktionelle Vorauswahl bezüglich der Versionen getroffen hatte, war der Großteil der Fragen beantwortet. Es wäre besser gewesen vom ersten Tag an transparent zu erläutern, welche Dateien man bekommen hat und wie sie redaktionell bearbeitet wurden, denn so war ein Teil des »Schwarms« erst mal unnötig mit der Form beschäftigt, statt mit dem Inhalt.

»EIN TEIL DER BEVÖLKERUNG HAT NOCH NICHT VERSTANDEN, WAS PASSIERT IST«

DW: Am 3. August 2024 steigt in Berlin die große Querdenken-Demo. Wie wichtig ist es aus Ihrer Sicht, in Zeiten wie diesen (weiterhin oder jetzt wieder) auf die Straße zu gehen?

H.R.: Im Deutschland des Jahres 2024 halte ich es für sehr wichtig. Ein großer Teil der Bevölkerung hat noch immer nicht verstanden und soll auch nicht verstehen, was wirklich ab 2020 in diesem Land passiert ist und was es für die Zukunft bedeuten könnte, wenn nicht sehr bald »alles auf den Tisch« kommt. Wenn viele Menschen auch vier Jahre danach auf die Straße gehen, ist das ein Ausrufezeichen für den Rest. Ich wäre gerne dabei gewesen, musste aber leider unter anderem aus persönlichen Gründen absagen.

DW: Sie haben jeweils über 70.000 Follower auf X und Telegram, wo Sie Tag für Tag den nationalen und weltweiten politischen Irrsinn treffend kommentieren. Es ist eine kräftezehrende Zeit, woraus Sie keinen Hehl machen. Was tun Sie für Ihre mentale Gesundheit?

H.R.: Da fragen Sie den Falschen. Ich weiß, dass ich daran noch zu arbeiten habe, denn so richtig kann ich mit diesem Druck, etwas tun zu müssen, den ich seit 2020 verspüre und der momentan wieder zunimmt, bis heute nicht umgehen und vergesse oft die nötigen Pausen und alles, was das Leben erst lebenswert macht. Dass ich keine Maschine bin, daran wurde ich bereits unsanft erinnert. Muss man nicht haben, deswegen kann ich nur sagen: Passt auf Euch auf!

DW: Herr Rosenbusch, vielen Dank für das Gespräch.



Am 23. Juli 2024 erwiderte Rosenbusch auf X mit einer deutlichen Ansage einen *Tweet* von FDP-Politiker Wolfgang Kubicki, der großen Worten schon viel zu oft keine Taten folgen ließ. Foto: X

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

DANK UND TAT

In Ausgabe 180 habt ihr eine tolle, brauchbare Sammlung von Gefangenenadressen abgedruckt. Das ist super für mich, da ich gerne Unschuldigen im Gefängnis schreibe. Menschen wie Michael Ballweg, Fr. Dr. Bianca Witzschel, Julian Assange und so weiter... Ich habe gleich an alle Adressen, die ihr angegeben habt, eine schöne Karte gesendet. Danke euch!

Ich hoffe, der DW wird nicht verboten! Ich hatte für den 27. Juli 2024 in Karlsruhe eine Mahnwache für Pressefreiheit und gegen das Compact-Verbot angemeldet. Im Vorfeld hatte ich Angst, »weggejagt« zu werden. Doch die Demonstration ist dann ist sehr gut gelaufen. Viele Leute sind am Marktplatz stehen geblieben und haben Fragen gestellt. Nur die Antifa hat mich dort in zwei großen Gruppen überrascht. Mit mit denen hatte ich nicht gerechnet. Doch die Polizei hier in Karlsruhe hat das in diesem Fall gut gemacht und meine Mahnwache geschützt.

Ich habe vor, so alle zwei bis drei Wochen, jeweils am Sonntag zwischen 14 bis 16 Uhr auf dem Karlsruher Marktplatz eine solche Mahnwache gegen das Verbot von Compact zu machen. Die nächste Versammlung für den 11. August 2024 ist bereits angemeldet.
– Neli H., Karlsruhe



Sommer 2023: Am 5. August 2023 kamen in Berlin zehntausend Demokraten für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung zusammen. Foto: Georgi Belickin/DW



Die legendäre Augustdemo 2020: Michael Ballweg hatte knapp eine Millionen Menschen in der deutschen Hauptstadt versammelt, die gegen den Verfassungsbruch der Coronamaßnahmen demonstrierten. Die Regierungspresse log die Zahl auf 17.000 Menschen klein. Foto: DW/evafoto

»MOBIL!«

Interview mit dem Demokraten Michael Ballweg, der nach einer Zwangspause in den Jahren 2022 und 2023 erneut die MEGA-Augustdemo der Demokratiebewegung organisiert | Von Hendrik Sodenkamp

DW: Herr Ballweg, danke für Ihre kostbare Zeit. Sie werden jetzt bestimmt viel zu tun haben.
Michael Ballweg: Das kann man wohl sagen. Ich komme gerade aus einem unkooperativen Kooperationsgespräch mit der Berliner Polizei. Es gibt noch viel zu tun.

DW: Diese Zeitung erscheint am Samstag, den 3. August 2024, also am Tag der Demonstration und wird dort tausendfach verteilt werden. Was sollen die Menschen, die dort sind, wissen?
M.B.: Erst einmal die Eckdaten: Es gibt einen Aufzug, der um 12 Uhr in der Hardenbergstraße startet und zur Kundgebung um 15.30 Uhr auf der Hofjägerallee beim Großen Stern endet. Diese Versammlung geht bis 20 Uhr. Nach 20 Uhr startet dann direkt das Querdenken-Camp, welches ganze 14 Tage andauern soll.

DW: Das ist viel.
M.B.: Ja. Und ebenso viel zu tun. Die Schwierigkeiten mit der Polizei sind derzeit, dass die Versammlungsfläche auf der Hofjägerallee einfach zu klein ist. Auf diesen rund 9.000 Quadratmetern passen die erwarteten und deshalb angemeldeten 17.000 Teilnehmer einfach nicht drauf. Wir haben dort außerdem rund 40 Infostände von Initiativen aus der Demokratie- und Friedensbewegung, die eine Seite der Versammlungsfläche komplett belegen, hinzu kommen 25 Demo-LKWs, die am Aufzug teilnehmen und dann zur Versammlung fahren. Dennoch weigert sich die Polizei derzeit, die Versammlungsfläche zu erweitern.

DW: Zum Beispiel auf den Großen Stern. Da wäre ja Platz.
M.B.: (lacht) Im Vorfeld hieß es monatelang, der Große Stern würde nicht zur Verfügung stehen, da dort eine Fahrrad-Veranstaltung stattfände. Nun erfahren wir, dass auf dem Großen Stern eine Gegendemonstration mit 20 Leuten stattfinden wird und sonst der Verkehr fließen müsse. Hier werden wir rechtlich in die Beschwerde gehen.

DW: Auf dem Großen Stern kamen im August 2020 hunderttausende Demokraten zusammen, das ist der Ort der Demokratiebewegung. »Solche Bilder« wollte die Regierung wohl verhindern.
M.B.: Davon ist auszugehen. Erst das Fahrrad-Event, das dort nicht stattfindet und nun eine Gegendemo mit einer Handvoll Leute, die überall gegen-demonstrieren könnten. Es sind vorgeschobene Argumente.

DW: Meinen Sie, dass die Versammlung wie die Großdemonstrationen in den Jahren 2021 verboten werden wird?
M.B.: Das weiß ich nicht. Wir sind hier bereits vor einem Bescheid mit einer Einstweiligen Verfügung präemptiv vorgegangen, damit uns, falls ein Verbot kommt, die Zeit nicht davon läuft. Da wissen Ihre Leser am Samstag mehr und wir auch. Eine gewisse Vorsicht schadet in Berlin nach meiner Erfahrung nicht. Aber ansonsten laufen die Vorbereitungen sehr gut. Die Mobilisierung läuft und wir erwarten, dass die Versammlung sehr, sehr, sehr groß wird. Und sollte es zu Sperraktionen kommen, wie wir es bei den Landwirten gesehen haben …

DW: Welche Formen von Sperraktionen meinen Sie?
M.B.: Es könnte sein, dass Menschen auf den Autozubringern zur Versammlung von Polizisten ohne Anlass herausgewunken werden. Wobei das schwierig sein wird, weil eben auch viele Menschen zum Fahrrad-Event Velo-City kommen werden. Wie soll die Polizei das auseinanderhalten?

DW: Wer mit dem Fahrrad auf dem Dach anreist, ist also im Vorteil?
M.B.: Mobilität ist immer gut, auch sonst. In Berlin gibt es ein großes Angebot an E-Rollern, die es ermöglichen, schnell von einem Ort zum anderen zu kommen, falls es zu Störungen der geplanten Route kommt.

DW: Wo kann man sich denn über den Ablauf am Tag selber informieren?
M.B.: Wir haben einen Infokanal mit dem Namen Querdenken 711 Stuttgart auf dem Telefonprogramm Telegram. Dort werden an dem Tag selber alle wichtigen Informationen kommuniziert.

DW: Was soll dann in den zwei Wochen Querdenken-Camp passieren?
M.B.: Eine große Zahl an Demo-LKWs wird nach der Abschlusskundgebung am Samstag in Berlin bleiben, außerdem viele Infostände. Das Camp organisiert sich selbstständig, was der Berliner Polizei in preußischer Manier nicht gefällt.

DW: Da spricht der Süddeutsche …
M.B.: Die Berliner Polizei will unbedingt schon jetzt einen ganz genauen Ablaufplan über zwei Wochen Versammlung in Berlin haben. Damit kann niemand auffahren. Vor allem nicht ich, denn das Camp ist, wie gerade erwähnt, selbstständig organisiert.

DW: Was ist das Ziel des Camps?
M.B.: In den letzten vier Jahren sind sehr viele Ideen und Veränderungsprojekte entstanden, etwa freie Schulen, die von Eltern, Lehrern und Schülern gegründet werden oder der Digitale Aktivst, den ich derzeit vorantreibe und der sich um digitale Freiheit kümmert – die Freiheit von großen und überwachenden Tech-Konzernen. – *Offline* kann man Dinge viel besser besprechen als *online* und seine Ideen präsentieren. Ich bin sehr gespannt. Aber was ich bereits jetzt sagen kann: Der August wird groß.

DW: Herr Ballweg, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Interview wurde am Mittag des 31. Julis 2024 per Telefon geführt.



Volksabstimmung am 1. August 2022 vor dem Bundestag: Der 5-Punkte-Plan der Demokratiebewegung (Seite 2) wird durch deren Gründer, den DW-Herausgeber Anselm Lenz, vor dem anwesenden deutschen Volk zur Abstimmung gebracht. Das Coronaregime wird für beendet erklärt. Foto: Georgi Belickin/DW

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

HIER GEHT'S LANG. | Die neue Wochenzeitung für Deutschland. | SOUVERÄNE AUFKLÄRUNG FÜR FRIEDEN!

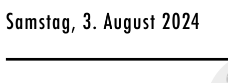
FREIHEIT

FÜR MICHAEL BALLWEG

JETZT AUCH ER!

NICHTOHNEUNS.DE

»Michael Ballweg ist endlich frei!«: Titelseite der 128. DW-Ausgabe vom 8. April 2023. Der erfolgreiche Unternehmer war neun Monate im Terrorknast Stammheim festgehalten worden, ohne dass überhaupt eine Anklageschrift vorlag.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

DAS SYSTEM IST KRANK

Die Ruhe bewahren lässt sich innerlich nur noch, indem man an das große Ganze denkt und sich die überfälligen und notwendigen Veränderungen bildlich vor dem inneren Auge vorstellt. Zugegeben, der tägliche Alltag der Mittelständler erfordert andere Fähigkeiten und Qualitäten. Jetzt kommt die Zeit, in der es definitiv andere Unternehmer braucht – nämlich die, die ihren Hintern da haben, wo er hingehört.

Während sich die Nachrichten über die unbeabsichtigten und vorsätzlichen Verbrechen – anders kann man es nach den RKI-Protokollen nicht mehr sagen – häufen, reden die Polit-Darsteller weiterhin wirres Zeugs und geben vor, der deutschen Wirtschaft helfen zu wollen. Aber sie wollen gar nicht, dürfen es auch nicht, schließlich haben sie aus den USA ganz andere Direktive. Dabei benötigen wir dringend andere Themen auf der Agenda als »Fachkräfte« aus dem Ausland, Klimapolitik oder Steuerboni.

Das System in sich ist krank. Der deutsche Mittelstand, und das sind die 99 Prozent, kommt darin nicht wirklich vor. Das kann man gut an den milliardenschweren Subventionen sehen, die die 40 DAX-Unternehmen erhalten. Sicher war es wichtig, sie in der P(l)andemie zu unterstützen, was nicht hinterfragt werden darf. Schluss mit der Ironie: Diese Börsenkonzerne haben in den letzten Jahren Milliardengewinne erzielt. Davon bekamen sie in 2022 etwa 5 Milliarden, in 2023 schon 10,7 Milliarden an Subventionen zurück, summiert von 2016 bis 2023 sind es 35 Milliarden.

DIE ZEIT IST REIF FÜR DEN GROSSEN KNALL

Sie erwirtschaften also Milliardengewinne, bezahlen so gut wie keine Steuern und werden mit Milliarden subventioniert. Das ist krank. Und der deutsche Mittelstand? Der hatte die Maske auf, freiwillig oder unfreiwillig, hat sich überwiegend gehorsam spritzen lassen und möchte jetzt am liebsten von der *geleakten* Wahrheit nichts wissen. So ein bisschen ist das ein wie von der Politik eingeläuteter Selbstmord. Selber schuld.

Eigentlich ist die Zeit jetzt reif für den großen Knall. Das hat auch die Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Paris gezeigt: Perverser und dekadenter geht es kaum. Viele in Deutschland sahen sich das üble Schauspiel vor der Glotze an. Selber schuld. Es geht auch anders. Danke an alle, die anders können und dementsprechend handeln. Ihr seid die wahre notwendige Veränderung. Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

«HÄTTE MAN AUF QUERDENKER GEHÖRT, WÄRE DER MENSCHHEIT VIEL ERSPART GEBLIEBEN«

Fortsetzung von Seite 7: Auch Unternehmer, Landwirte und Menschen aus der Wirtschaft rufen zur Demo am 3. August auf | AUFGEZEICHNET von Klaus Müller



Axel Turck, mittelständischer Unternehmer Foto: Privat

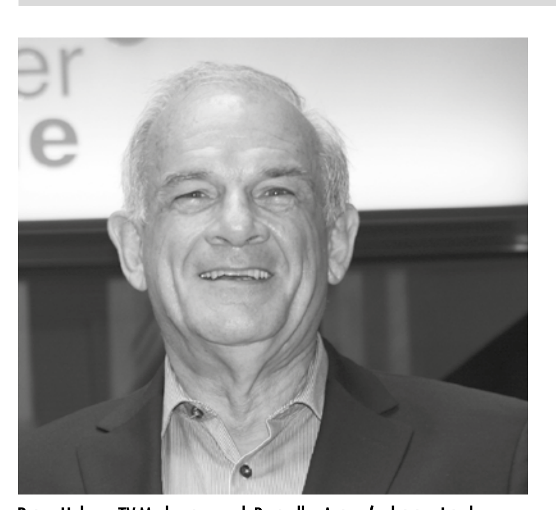
»Meine Frau und ich haben uns schon vor langer Zeit für den 3. August eine Bleibe in Berlin gesucht. Nun freuen wir uns, in die Hauptstadt zu kommen, um dort liebe, mutige Menschen, die wir in den vergangenen vier Jahren kennenlernen durften, wiederzutreffen. Die gesamte Industrie mit fleißigen Mitarbeitern kämpft ums Überleben. Ganze Wertschöpfungsketten stehen auf dem Spiel, die zurzeit durch politische Maßnahmen vernichtet werden. Deutschland ist es wert, dass wir um unsere Geschichte, Industriekultur und den Erhalt unserer Demokratie kämpfen. Wir brauchen Frieden, Freiheit, Aufklärung und Zuversicht in unserem Land.«

»Ich wünsche der Demo viel Durchschlagskraft. Als Anwalt führe ich derzeit noch zahlreiche Strafverfahren wegen angeblich ›unrichtiger‹ Impfausweise und Maskenatteste. Mit den RKI-*Files* wird noch klarer, dass Regierung und Justiz – bis heute – mutige und aufrechte Menschen verfolgen. Liebe Richter und Staatsanwälte: Das ist für mich Rechtsbeugung und unseres Rechtsstaates unwürdig. Alle Verfahren einstellen – sofort! Folgen wir dem Beispiel Slowenien: Das EU-Land zahlte 2023 alle zwischen März 2020 und Mai 2022 verhängten 62.000 Bußgelder zurück, erklärte die COVID-Gesetze für verfassungswidrig, machte ›Generalamnestie‹. So wollte das Land begangenes Unrecht wiedergutmachen und zugleich versöhnen. Vorbild für uns. Was diese Ampel-Regierung getan hat und aktuell tut, ist die Delegitimation unserer Demokratie und dieses



Dirk Schmitz M.A., Rechtsanwalt Foto: Privat

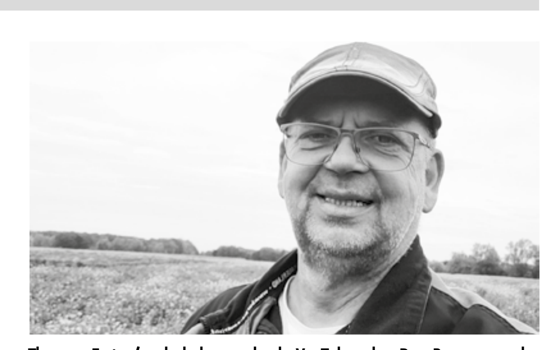
Rechtsstaates. Als nächster Schritt ist eine Wiedergutmachung der Verletzungen und Schäden von Impfopfern mit großzügigen Entschädigungen und Schmerzensgeld notwendig. Ich fordere die Wiederherstellung unserer Grundrechte.«



Peter Hahne, TV-Moderator und Bestseller-Autor (zuletzt: »Ist das euer Ernst?!«) Foto: Axel Rothkehl

»Auch diese Querdenken-Demo erfüllt den Auftrag der Ampelregierung: ›Vielfalt und Diversität!‹ So steht es im Koalitionsvertrag (Kultur und Medien). Die Vielfalt der Meinungen wider die Einfalt des *Mainstreams* zu demonstrieren, das nennt man Freiheit! Und wenn es so fröhlich und friedlich wie 2020 ist, dann ist das nichts anderes als gelebte Demokratie. Nichts heilt ein gespaltenes Volk mehr als Fakten gegen *Fake News*, Wahrheit gegen Lüge. Nach den Protokollen des regierungsamtlichen RKI haben wir allen Grund zum Feiern: Hätte man 2020 auf Querdenker statt auf Polit-Starrsinn gehört, wäre der Menschheit viel erspart geblieben.«

»Widerstand gegen diese Politik ist Pflicht. Wir wurden in den vergangenen Jahren nur belogen und betrogen. Allein bei Corona wurde ein ganzes Volk drangsaliert mit Maßnahmen, die auf Lügen basierten. Hat man sich dafür mal entschuldigt? Mit Wahrheit und Demokratie hat das alles nichts mehr zu tun. Wir werden von Sekten regiert, dazu zähle ich auch die CDU, die gemeinsam mit der SPD den Corona-Wahnsinn angefangen hat. Das ›C‹ in der Partei steht eigentlich für ›Christlich‹. Aber was ist christlich daran, Menschen einfach wegzusperren und sie zu bestrafen, weil sie sich zurecht unsinnigen Maßnahmen widersetzt haben? Ich kann am 3. August leider nicht vor Ort sein, weil ich mich um meine Ernte kümmern und zudem Unterstützerstimmen für unsere neue Partei DLW – steht für: »Deutsch Land Wirtschaft« – sammeln muss. Wir wurden bereits zur



Thomas Essig (auch bekannt durch YouTube als »Der Bauer aus der Mark«), Landwirt Foto: Privat

Landtagswahl in Brandenburg am 22. September zugelassen. Ich kämpfe auf allen Ebenen für eine bessere Zukunft und drücke allen Teilnehmern fest die Daumen, dass die Demo in Berlin ein voller Erfolg wird.«

(Anm. d. Red.: Ein Interview mit Thomas Essig über die DLW folgt in einer der kommenden Ausgaben.)

MELDUNG

DEUTSCHE WIRTSCHAFT SCHRUMPFT WEITER

Wiesbaden/DW. Sogenannte Experten und Systemmedien zeigen sich überrascht: Die deutsche Wirtschaft steckt in der Krise und ist im zweiten Quartal 2024 weiter geschrumpft. Wie das Statistische Bundesamt am 30. Juli 2024 mitteilte, sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von April bis Juni um 0,1 Prozent zum Vorquartal. Insbesondere Investitionen in Maschinen und Bauten nahmen ab. Die gesamte Euro-Zone verzeichnete im Gegensatz zu Deutschland ein starkes Wachstum. Im Vergleich zum ersten Quartal wuchs die Wirtschaft in der Euro-Zone um 0,3 Prozent, wie das EU-Statistikamt Eurostat ebenfalls am 30. Juli 2024 verkündete. Stark zulegen konnten Irland (plus 1,2 Prozent) und Spanien (plus 0,8 Prozent). Dazu passt: Im Juli stieg die Arbeitslosenzahl in Deutschland stärker als sonst üblich: Wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) am 31. Juli 2024 mitteilte, gab es im Juli 2,809 Millionen Arbeitslose und demnach 82.000 mehr als im Juni 2024 und 192.000 mehr als vor einem Jahr. (kmü)

WÄRMEPUMPEN-ABSATZ BRICHT EIN

Köln/DW. Der Absatz von Wärmepumpen ist in Deutschland drastisch eingebrochen. Das berichtete die *Welt* am 29. Juli 2024. Nach neuen Zahlen des Bundesverbands der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) wurden im ersten Halbjahr 2024 rund 43 Prozent Wärmeerzeuger weniger abgesetzt als im Vorjahreszeitraum. Dabei entwickeln sich vor allem Wärmepumpen (minus 54 Prozent) und Biomasseheizungen (minus 74 Prozent) zu Ladenhütern. Der Absatz von Ölheizungen ist dagegen um 14 Prozent gestiegen. Damit bleibt die Ölheizung mit 23 Prozent im Wohnungsbestand nach der Gastherme (50 Prozent) auf Platz zwei. (kmü)

INFLATION STEIGT

Brüssel/Luxemburg/DW. In der Eurozone haben sich die Verbraucherpreise im Juli um 2,6 Prozent erhöht, wie das EU-Statistikamt Eurostat am 31. Juli 2024 mitteilte. (kmü)

EU WILL TOTALTE KONTROLLE ÜBER JEDEN EINZELNEN

Brüssel/DW. Unter dem fadenscheinigen Vorwand, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung besser bekämpfen zu können, plant die EU eine Datenbank, welche die Vermögen aller Bürger erfassen soll. Die Machbarkeitsstudien zum EU-Vermögensregister sind bereits abgeschlossen. In Kürze will die EU neue Informationen veröffentlichen. (kmü)

RUSSLANDS GEOPOLITISCHE STRATEGIE

Das größte Land und das bevölkerungsreichste Land bauen neue Strukturen auf

Eine ANALYSE von Rainer Rupp

Russlands und Chinas Rolle in BRICS und SCO stellen einen Gegenpol zum westlichen Einfluss dar. Ihre Integration in BRICS und in die Shanghai Cooperation Organization (SCO) stellen bedeutende Entwicklungen im globalen Widerstand gegen den destruktiven Einfluss der westlichen »Regel-basierten Internationalen Ordnung« dar. Diese Analyse untersucht Russlands Rolle in diesen Organisationen, die Auswirkungen auf die eurasische Geopolitik und wie diese Allianzen eine neue multipolare Welt formen.

Russlands Neuausrichtung nach Asien spiegelt die breiteren strategischen Ziele wider, weg von Europa hat es seine wirtschaftlichen Partnerschaften diversifiziert und seinen geopolitischen Einfluss gestärkt. Historisch gesehen war Russland eng mit Europa verbunden, aber seit dem US-finanzierten und organisierten Maidan-Putsch in Kiew vor zehn Jahren haben die Spannungen mit dem zunehmend kriegslüsternden Westen rasant zugenommen und spätestens mit der westlichen Verhängung der »Sanktionen aus der Hölle« hat sich die russische Zuwendung in Richtung Asien weiter beschleunigt. Diese Neuausrichtung ist durch gestärkte Beziehungen zu China, Indien und zu anderen asiatischen Nationen gekennzeichnet, was die Schaffung einer multipolaren Weltordnung erleichtert.

DIE BEDEUTUNG VON BRICS

Diese Liste der BRICS-Staaten spiegelt eine vielfältige Gruppe von Ländern aus verschiedenen Kontinenten und wirtschaftlichen Hintergründen wider, was auf den wachsenden Einfluss der BRICS als globalem Wirtschaftsblock hinweist. Die offizielle Erweiterung der BRICS wird jedoch von verschiedenen Faktoren abhängen, einschließlich wirtschaftlicher Kriterien, geopolitischer Überlegungen und einem Konsens unter den derzeitigen Mitgliedsländern.

Für Russland ist BRICS eine Plattform zur Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, politischen und sicherheitsrelevanten Fragen und bietet eine Alternative zu westlich dominierten Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Was die wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb von BRICS betrifft, so arbeitet Russland zusammen mit den anderen Gründungsmitgliedern an verschiedenen wirtschaftlichen Initiativen, einschließlich an der Neuen Entwicklungsbank (NDB), die Infrastrukturprojekte in den Mitgliedstaaten finanziert. Diese Zusammenarbeit reduziert die Abhängigkeit von westlichen Finanzsystemen und fördert das gegenseitige wirtschaftliche Wachstum.

BRICS bietet zugleich ein Forum für politischen Dialog, in dem Mitgliedstaaten globale Themen diskutieren und koordinieren. Diese kollektive Haltung stärkt Russlands Einfluss auf die Gestaltung internationaler Normen und Richtlinien. Zugleich stellt BRICS die Unipolarität der globalen Führung durch die US-diktierte »Regeln Basierte Internationale Ordnung« in Frage, indem es zum Beispiel gemeinsam mit



Der ungarische Ministerpräsident und derzeitiger EU-Ratspräsident Viktor Orbán auf seiner Verhandlungsreise um die Welt bei einem Treffen mit Wladimir Putin. Wir stünde vor geschichtlichen Veränderungen, so Orbán in der vergangenen Woche, welche die Macht in der Welt von Europa und den USA weg und hin zu China, Indonesion und Indien verschieben werde. Für die Europäer sei ein guter Draht nach Osten wichtig. Dafür erhielt er starken Gegenwind von Transatlantischen Interessensverbänden wie der CDU/CSU. Foto: Commons

China für eine ausgewogenere und inklusivere internationale Ordnung eintritt. Russlands Beteiligung unterstreicht sein Engagement für eine multipolare Welt und stellt damit für den Globalen Süden einen Gegenpol zur westlichen Hegemonie dar.

DIE RUSSLAND-CHINA PARTNERSCHAFT

Der Eckpfeiler von Russlands Neuausrichtung nach Asien ist die strategische Partnerschaft mit China. Diese Beziehung, die durch gemeinsame Interessen und geopolitische Ziele gekennzeichnet ist, spielt sowohl in BRICS als auch in der SCO eine entscheidende Rolle. Sie ist praktisch der Kitt, der das Gebilde BRICS und SCO zusammenhält und mit jeder weiteren Vertiefung der russisch-chinesischen Beziehungen für weitere Anwärter auf Mitgliedschaft noch attraktiver macht.

Die wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Russland und China umfasst umfangreiche Handelsabkommen, Energiekooperation und gemeinsame Infrastrukturprojekte. Die Power of Siberia-Gaspipeline und andere Energieprojekte unterstreichen die wechselseitige Abhängigkeit der beiden Nationen. Zwischen Russland und China herrscht ein hoher Grad von Politischer Übereinstimmung, auch wenn das nicht für alle Probleme gilt, zum Beispiel in den Beziehungen zu Vietnam. Bei Kerninteressen herrscht jedoch Konsens, was insbesondere bezüglich der Einschätzung der Aggressivität der USA und ihrer Vasallen gilt. Russland und China teilen auch ihre Ablehnung gegen die KRegel Basierten Internationalen Ordnung«, die der Westen seit Jahrzehnten den meisten Ländern der Welt mit Hilfe von wirtschaftlichen und finanziellen Erpressungen und Sanktionen oder gar mit militärischen Drohungen und Krieg aufgezwungen hat.

Russland und China verfolgen das gemeinsame Ziel, diese unipolare Ausbeuterwelt des Westens in eine multipolare Welt umzugestalten, wobei sie westlichen Interventionismus, egal welcher Art, strikt ablehnen. Diese Übereinstimmung stellt das Rückgrat der Zusammenarbeit in BRICS und der SCO dar.

AUSWIRKUNGEN AUF DIE EURASISCHE GEOPOLITIK

Die Integration Russlands in BRICS und die SCO verändert die eurasische Geopolitik auf verschiedene Weise:

Erstens, diese Organisationen fördern eine stärkere Integration innerhalb Eurasiens, indem sie die Konnektivität und wirtschaftliche Interdependenz unter den Mitgliedstaaten verbessern. Russland spielt eine zentrale Rolle bei dieser Integration und nutzt seine geografische und strategische Position.

Zweitens, die Sicherheitskooperation innerhalb der SCO bietet ein Gegengewicht zum Einfluss der NATO in der Region. Russlands Führungsrolle in der SCO stärkt seine Position als wichtiger Sicherheitsakteur in Eurasien.

Drittens, durch die SCO erhält Russland erheblichen Einfluss in Zentralasien, einer Region, die für seine Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen von entscheidender Bedeutung ist. Dieser Einfluss ist gewichtig für die Abwehr potenzieller Bedrohungen und die Förderung regionaler Stabilität.

Viertens, Im Gegensatz zu dem absteigenden Europa repräsentiert BRICS eine Koalition großer aufstrebender Volkswirtschaften, die sich für die Interessen des globalen Südens einsetzen. Russlands Beteiligung unterstreicht sein Engagement für die Solidarität des globalen Südens und stellt die Dominanz der westlichen Mächte in Frage.

Russlands strategische Neuausrichtung nach Asien und seine aktive Teilnahme an BRICS und der SCO stellen eine bedeutende Entwicklung im Widerstand gegen den westlichen Einfluss dar. Diese Allianzen fördern in den wichtigsten Wachstumsregionen der Welt die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit und den politischen Dialog und tragen zur Bildung einer multipolaren Welt bei. Europa, unter Führung der EU in Brüssel, die ihre Befehle aus Washington bekommt, hat sich aus diesen florierenden Märkten der Zukunft selbst ausgeschlossen, während Russland seine Beziehungen zu asiatischen Nationen stärkt und sich in diese Organisationen integriert. Damit erhöht es seinen geopolitischen Einfluss und trägt zu einer ausgewogeneren und inklusiveren globalen Ordnung bei. Die Auswirkungen auf die eurasische Geopolitik sind tiefgreifend und verändern die regionalen Dynamiken, beenden die Unipolarität der westlichen Hegemonie und stellen Europa abgeschlagen in die Ecke.

Dieser Text erschien zuerst auf dem unabhängigen Journalistenportal apolut.net, wo er als Audiostrecke verfügbar ist. Für diese Zeitung wurde er behutsam gekürzt. Wir danken dem Autoren und den Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.



Publizist Rainer Rupp war DDR-Spion im Nato-Hauptquartier. 1983 verhinderte er wahrscheinlich einen Atomkrieg.

MELDUNG

ATTENTAT AUF DONALD TRUMP

Butler/DW. Der ehemalige US-Präsident Donald Trump ist bei einer Wahlkampfveranstaltung am 13. Juli 2024 in Butler im Bundesstaat Pennsylvania von einem Attentäter angeschossen und am Ohr verletzt worden. Ein Mann im Publikum starb, zwei weitere Besucher wurden schwer verletzt. Der Täter, der mehreren Augenzeugen zuvor bereits aufgefallen war, nutzte erhebliche Sicherheitslücken aus, ehe er von einem Scharfschützen des Secret Service erschossen wurde. Kimberly Cheatle, Chefin des Secret Service, räumte hinterher Fehler ein und erklärte ihren Rücktritt. Trump kündigte derweil an, demnächst an den Ort des Attentats zurückkehren zu wollen. (kmü)

MADURO SIEGER IN VENEZUELA

Caracas/DW. Bei der Präsidentschaftswahl in Venezuela hat sich der Sozialist Nicolás Maduro zum Sieger erklärt, wie das Nachrichtenportal *Apollo-News* am 29. Juli 2024 berichtet. Maduro soll 51,2 Prozent der Stimmen erhalten haben, sein Herausforderer Edmundo González Urrutia 44,2 Prozent. Die Opposition erkennt den Wahlsieg nicht an und erklärte sich ebenfalls zum Gewinner. Nach heftigen und teilweise blutigen Protesten sowie internationalen Appellen forderte Maduro schließlich den Obersten Gerichtshof auf, die Ergebnisse zu überprüfen. (kmü)

ERDOGAN DROHT ISRAEL MIT KRIEG

Ankara/DW. Auf einer Veranstaltung seiner Partei AKP Ende Juli 2024 hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan mit einem militärischen Eingriff in den Nahost-Konflikt gedroht. Laut eines *ZDF*-Berichts sagte Erdogan: »So wie wir in Berg-Karabach reingegangen sind, so wie wir in Libyen reingegangen sind, werden wir mit ihnen dasselbe tun.« Ob Erdogan mit dieser Drohung einen militärischen Eingriff des Nato-Landes Türkei in Israel ernsthaft in Erwägung zieht, ist derzeit noch unklar. (kmü)

INFRASTRUKTUR LAHM GELEGT

Paris/DW. Unbekannte legten am 26. Juli 2024 kurz vor der Eröffnung der olympischen Sommerspiele das französische Bahnnetz lahm. An drei neuralgischen Punkten entlang dreier Hauptstrecken soll es zu Sabotageakten gekommen sein, die den Verkehr in Gänze zum Erliegen brachte. Medienberichten zufolge soll ein Angriff auf die vierte französische Hauptstrecke im letzten Moment verhindert worden sein. Wer der Täter ist, ist noch unklar. Die deutsche Springer-Zeitung Welt spekulierte ohne Angabe von Beweisen am 31. Juli 2024 auf eine Beteiligung einer bekannten anarchistischen Autorengruppe. (hes)

FRIEDEN, »WENN DAS VOLK ES WÜNSCHT«

Kiew/DW. Die russische Armee ist laut einhelligen Medienberichten weiter auf dem Vormarsch in der Ukraine. Selbst die zuletzt vom US-Senat freigegebenen Milliardensummen scheinen dem ukrainischen Militär nicht den nötigen Auftrieb zu geben. Der ukrainische Präsident Selenski machte am 1. August 2024 wage Andeutungen auf die Möglichkeiten auf Verhandlungen mit Russland. Gebietsabtretungen – wie die Krim oder der Donbass – werde es nur geben, wenn »das ukrainische Volk dies wünscht«. Bislang stehen selbst noch Verhandlungen mit Russland in der Ukraine unter Strafe. (hes)

STICHWORT DW-AKADEMIE

Anselm Lenz und der DW gründen eine Hochschule: Die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie, AquaVD. Kontakt für Unterstützer: akademie@demokratischerwiderstand.de oder per Post an den Unterstützerverein KDW e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. Sie wollen mit Anselm Lenz bezüglich dem Hochschul- und Stiftungsvorhaben direkt in Kontakt treten? Schreiben Sie zunächst an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de mit dem Betreff: »Lenz, wir bauen auf!«

Verleger und Chefredakteur Jürgen Elsässer (l.) vor seinen Redaktionsräumen am 16. Juli 2024 im Interview mit dem Musiker und Bürgerjournalisten Björn Banane (r.). In der Mitte ist einer der vielen maskierten und bewaffneten Polizisten zu sehen, die wenige Stunden zuvor die Wohn- und Redaktionsräume Elsässers gestürmt hatten. Bundesinnenministerin Nancy Fäser (SPD) hatte per Dekret die Firma Elsässers zu einer kriminellen Vereinigung erklärt und den Unternehmer enteignet: ein nach 1945 bislang nicht gekannter Umgang der BRD mit Journalisten. Foto: Videostill/Banane

EUER

Sahra Wagenknecht und ihre neue Partei. Dies ist der Le dessen Abdruck durch die bewaffnete Staatsmacht gewa

Sahra Wagenknechts dreister Machtpoker: Ihre neue Partei BSW will im Osten mit der CDU koalieren. Aber die rote Diva hat eine noch schlimmere Variante in petto.

Friedrich Merz ist in Schwulitäten. Am Tag nach der EU-Wahl lehnte er jede Kooperation mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ab, denn die Partei sei «linksextrem und rechtsextrem» zugleich. 24 Stunden später ruderte er zurück und erklärte, er habe aus der Perspektive der Bundespolitik gesprochen, das Tabu gelte nicht für Koalitionen in den Ländern.

Warum der Eiertanz? Offensichtlich hatte im Konrad-Adenauer-Haus jemand die Rechenmaschine angeworfen. Bei den Europawahlen am 9. Juni hatte das BSW nämlich aus dem Stand 6,2 Prozent erzielt, östlich der Elbe lagen die Ergebnisse sogar mehr als doppelt so hoch. Noch schlimmer sah es aus, als man die Umfragen für die anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg analysierte: Die CDU liegt überall hinter der AfD, und ihre etablierten Koalitionspartner SPD, FDP und Grüne müssen sogar fürchten, unter der Fünf-Prozent-Sperrklausel zu landen. Vor diesem Hintergrund haben die CDU-Regionalfürsten Mario Voigt (Erfurt) und Michael Kretschmer (Dresden) bei Merz interveniert: Ohne das BSW hat die Union keine Machtperspektive. Der Osten würde ansonsten nach den Urnengängen im September 2024 unregierbar.

BRISANTE NÄHE

Aber es drohte an diesem 10. Juni noch etwas Schlimmeres als die Unregierbarkeit: dass nämlich die Brandmauer zur AfD, die das BSW nach dem Vorbild der Altparteien hochgezogen hatte, bröckeln könnte und die beiden Flügel des politischen Spektrums sich annäherten. Denn die BSW-Bundestagsabgeordneten kündigten an, dass sie den Besuch des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski am 11. Juni boykottieren würden – und die AfD zog nach. Wagenknecht bezichtigte den Staatsgast, er trage dazu bei, »eine hochgefährliche Eskalationsspirale zu befördern, und nimmt dabei das Risiko eines atomaren Konflikts mit verheerenden Konsequenzen für ganz Europa in Kauf (...)«. Das AfD-Führungsduo Alice Weidel und Tino Chrupalla tönte ins gleiche Horn: »Wir lehnen es ab, einen Redner im Tarnanzug anzuhören.« Die Systemschranzen heulten auf. »AfD und BSW unter einem Hut?«, fragte die *Frankfurter Rundschau*. »Sie gingen doch zusammen raus!«, assistierte SPD-Parteichef Lars Klingbeil. »Es ist eine Schande für ein demokratisches Europa, dass es solche Parteien gibt«, ließ das *ZDF* einen Interviewgast sagen.

Für Wagenknecht wurde nach diesem – unbeabsichtigten – Zusammenspiel mit den Blauen die Situation etwas kitzlig. Eigentlich hatte sie schon im Januar jeder Zusammenarbeit eine beinharte Absage erteilt. Die AfD, gerade im Osten, sei «eine Partei mit einem starken rechtsextremen Flügel». Und «mit Rechtsextremisten können wir nicht zusammenarbeiten», sagte sie damals gegenüber der *Welt*. Aber nach den EU-Wahlen signalisierte die BSW-Vorsitzende im Saarland, Astrid Schramm, dass man kommunal doch zusammen abstimmen könne. Daraufhin gab es zwei prominente Austritte aus dem Landesverband. Eine neue Querfront-Debatte, selbst unter den wenigen handverlesenen Mitgliedern ihrer Partei, war so ziemlich das Letzte, was Wagenknecht vor den Wahlen im Osten brauchen konnte. Zumal die Demoskopie Argumente für ein Links-Rechts-Bündnis lieferte: Sowohl in Thüringen als auch in Sachsen sahen die Umfragen eine absolute Mehrheit für eine BSW-AfD-Koalition zum Greifen nah. Doch das durfte keinesfalls geschehen. Wagenknecht zog die Notbremse – und erfand eine ganz andere, vorher unvorstellbare Machtoption.

SALTO MORTALE

Anfang Juli sickerte durch, woran Wagenknecht bastelte: an Koalitionen mit der CDU in den beiden Freistaaten im Osten. In Thüringen strebe das BSW an, mit der ehemaligen Eisenacher Oberbürgermeisterin Katja Wolf die Ministerpräsidentin zu stellen, so Wagenknecht. Auf die Frage, ob es realistisch sei, dass die CDU Juniorpartner des BSW werde, antwortete sie: «Wenn die CDU in einem Bundesland [gemeint: Sachsen] möchte, dass wir ihren Ministerpräsidenten wählen, kann sie sich nicht in einem anderen weigern, uns zu unterstützen, sollten wir vor ihr liegen. Es gibt ja Regeln in einer Demokratie.» An dieser Aussage sind mehrere Dinge bemerkenswert. Zum einen lobte sie ihre Parteifreundin Wolf zu einem Zeitpunkt an die Regierungsspitze Thüringens, als das BSW in Umfragen noch hinter der CDU lag. Zum anderen, und das ist wichtiger, ignorierte sie die wichtigste »Regel in einer Demokratie«, dass nämlich mit der Regierungsbildung zunächst der Chef der stärksten Partei beauftragt werden müsste, und das wären Björn Höcke im einen und Jörg Urban im anderen Fall. Des Weiteren will sie ihre künftigen sächsischen Abgeordneten vom



Die Januar-Ausgabe des Compact-Magazins 2022 zu Zeiten der Impfzwangdiskussion: Jürgen Elsässers Monatszeitschrift hatte sich bereits 2020 kritisch zu den sogenannten Coronamaßnahmen positioniert, kritische Wissenschaftler, Rechtsanwälte und Betroffene zu Wort kommen lassen und über die gigantische Demokratiebewegung in Deutschland seit März 2020 positiv berichtet. Die Impfpropaganda wurde in seiner Zeitschrift ebenso abgelehnt wie die Aufrüstung Deutschlands unter SPD-Kanzler Olaf Scholz. Elsässer wollte nicht an die Ostfront ziehen, sondern Verhandlungen und Frieden. Seit diesen klaren Positionierungen bezeichnet der Inlandsgeheimdienst der Bundesregierung den Journalisten als »gesichert rechtsextrem«.

Stimmverhalten der Thüringer CDU abhängig machen und nicht eigenständig für ihr Bundesland entscheiden lassen, was ein despotisches Gschmäckle hat. Die *Bild*-Zeitung war mit einigem Recht empört: Das Ganze sei ein «politischer Kuhhandel, den es so in Deutschland noch nie gab und der viel über den Respekt der ehemaligen Chefin der Kommunistischen Plattform in der SED-Nachfolgepartei PDS vor freien und geheimen Wahlen verrät». Was die Springer-Leute zu dieser harschen Kritik gebracht hat, ist nicht ganz klar – ansonsten geben sie Wagenknecht bekanntlich ordentlich Rückenwind. Vielleicht fürchten sie aber, dass die Diva, wenn sie zu stark würde, doch unkontrollierbar wäre. Besser, so denkt man wohl bei *Bild* und den dort tätigen Geheimdiensten, sie begnügte sich mit der Rolle als Steigbügelhalterin für die CDU, also letztlich für Merz und seinen Kriegskurs.

Genau an diesem Punkt aber hat sich Wagenknecht schon jetzt durch ihre Einladung an die CDU entzaubert. Denn wenn auch alles beim BSW programmatisch sehr vage ist – die Forderung nach Frieden und Abrüstung ist der Leuchtturm ihres Projektes. Damit hat sie einen Großteil der Genossen ihrer ehemaligen Partei auf ihre Seite gezogen, damit kann sie vor allem im

ERNST?!

eitartikel der August-Compact-Ausgabe,
ltsam verhindert wurde | Von Jürgen Elsässer

NATO-kritischen Osten punkten. Wenn sie aber jetzt mit einer CDU kungelte, die «den Krieg nach Russland tragen» (Roderich Kiesewetter) will, hätte sie ihren Markenkern für das Linsengericht einer Regierungsbeteiligung verkauft. Wenn das die Wähler bis zum Herbst 2024 nicht merken sollten – bis zum Herbst 2025, also bis zur Bundestagswahl, werden sie es gemerkt haben.

GRÜN, ROT, TOT

Aber es kommt noch schlimmer. In der linksliberalen Wochenzeitung *Freitag* erschien Anfang Juli ein Streitgespräch zwischen Wagenknecht und Katrin Göring-Eckardt. Die Grünen-Politikerin hatte sich angesichts der Grenzöffnung 2015 mit dem Satz hervorgetan »Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich darauf«, und auch seither an dieser Position nichts geändert. Wagenknecht wiederum hat die Grünen als »gefährlichste Partei im Bundestag« bezeichnet. Man hätte also annehmen können, dass es beim Aufeinandertreffen der beiden ordentlich knallt. Aber das Gegenteil war der Fall! Der *Freitag* betitelte den Beitrag mit »Wir können Björn Höcke verhindern«, daneben ein Wir-Foto der zwei Damen. Dem entsprachen die Ausführungen der BSW-Chefin in dem Gespräch: Im Osten seien »alle gehalten«, »nach den Wahlen zu versuchen, eine stabile Regierung mit einer vernünftigen Ausrichtung zu bilden. (…) Aber es gibt gravierende Differenzen zwischen uns und den Grünen, das wäre ganz sicher nicht unser Wunschpartner.« Mit anderen Worten: Wunschpartner nicht, aber ein möglicher Partner. Ganz im Unterschied zu Höcke und der AfD, die sind für Wagenknecht keine möglichen Partner. Obwohl doch die Grünen für sie bis vor zwei Jahren die »gefährlichste Partei im Bundestag» waren … Da hat sich also ordentlich etwas verschoben im Kopf von Wagenknecht. War ihr Bestseller *Die Selbstgerechten* (Neuauflage 2022) noch eine einzige Kampfansage gegen Grüne und *Woke* gewesen, so ist sie jetzt wieder in das alte Antifa-Lager-Ghetto zurückgekehrt.

Es wäre noch mit einigen Verrenkungen erklärbar, wenn sich das BSW mit der CDU verbünden würde, um sozusagen eine (halluzinierte) neue Mitte zu bilden, die gleichermaßen die Linken (Linkspartei, SPD und Grüne) wie die Rechten (AfD) von der Macht fernhält. Etwas ganz anderes und damit bar jedes Anstands ist es aber, wenn Wagenknecht, die sich gerade erst aus dem linken Sumpf gelöst hat, jetzt wieder in diesem fauligen Morast nach Partnern wühlt. Das ist nicht nur Verrat am Wähler (das ist die Kopulation mit der CDU auch) – das ist zusätzlich Verrat an dem, was sie bis vor kurzem noch selbst postuliert hat.

Mit ihren machttaktischen Kapriolen folgt Wagenknecht dem Beispiel von Jean-Luc Mélenchon. Der einstige Promi der französischen Sozialisten – übrigens ein alter Kumpel von Oskar Lafontaine – hatte 2016, ebenfalls mit guter Kritik an der *Wokeness*, seine eigene Partei gegründet, und zwar mit dem durchaus patriotischen Namen *La France insoumise* (LFI, dt.: Das unbeugsame Frankreich). In den Folgejahren pulverisierte er Sozialisten, Kommunisten und Grüne und wurde zum neuen Leitstern der Linken, landete bei den Präsidentschaftswahlen 2021 nur hauchdünn hinter Marine Le Pen. Doch der irrationale »Kampf gegen Rechts« hat ihn wieder zu seinen Ursprüngen zurückgeführt: Bei den jüngsten Parlamentswahlen schmiedete er die Neue Volksfront, in die er alle Fußkranken und Hirntoten wieder aufnahm, denen er eigentlich mit LFI entkommen wollte. Jetzt sind die Irren sogar so stark, dass sie, nachdem sie mithilfe von Emmanuel Macron den Sieg des *Rassemblement National* verhindert haben, auch noch Mélenchon stürzen wollen. Kaum anzunehmen, dass Wagenknecht daraus lernt.

Dies war der Text, der in der aktuellen August-Ausgabe des Compact-Magazins erschienen wäre, hätte nicht Bundesinnenministerin Nancy Fäser (SPD) die Verfassung gebrochen und die Redaktionsräume stürmen lassen. Sie verhinderte so dessen Abdruck und dessen Verbreitung. Diese verbrecherische Zensur ist mit dem DW, dem auflagenstärksten Print-Medium der Opposition in Deutschland, nicht zu machen. Wir drucken ihn hier in Absprache mit dem Autor ab.



Jürgen Elsässer als Redner bei LEGIDA am 26. Oktober 2015 Foto: Commons



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

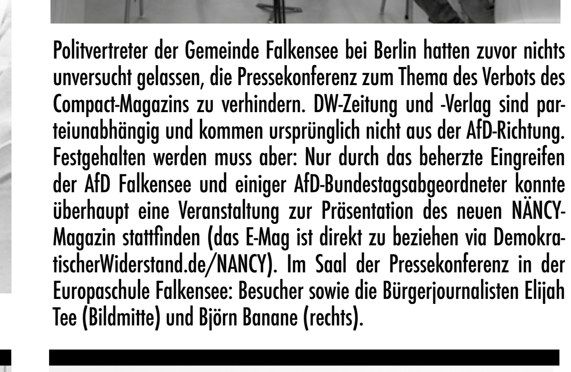
• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.



Journalistenkollegen Hendrik Sodenkamp, Jürgen Elsässer und Anselm Lenz am 31. Juli 2024 bei Berlin. Fotos auf dieser Seite: DW



Politvertreter der Gemeinde Falkensee bei Berlin hatten zuvor nichts unversucht gelassen, die Pressekonferenz zum Thema des Verbots des Compact-Magazins zu verhindern. DW-Zeitung und -Verlag sind parteiunabhängig und kommen ursprünglich nicht aus der AfD-Richtung. Festgehalten werden muss aber: Nur durch das beherzte Eingreifen der AfD Falkensee und einiger AfD-Bundestagsabgeordneter konnte überhaupt eine Veranstaltung zur Präsentation des neuen NÄNCY-Magazin stattfinden (das E-Mag ist direkt zu beziehen via DemokratischerWiderstand.de/NANCY). Im Saal der Pressekonferenz in der Europaschule Falkensee: Besucher sowie die Bürgerjournalisten Elijah Tee (Bildmitte) und Björn Banane (rechts).



Kaum hatten die Journalisten die Veröffentlichung der neuen NÄNCY – Magazin für die deutsche Ex-Frau und den deutschen Ex-Mann – in flammenden Reden für die Pressefreiheit verkündet, rückten Truppen in schwarzen Funktionsjacken an.



Die Heftpräsentation konnte nur stattfinden, indem die AfD zunächst eine allgemeine Pressekonferenz zum Thema Pressefreiheit ankündigte. Einer überparteilichen Anwaltsgesellschaft um den Preisträger der Republik Ralf Ludwig war die Veranstaltung verboten worden. Der Kultur- und Medienpolitiker der AfD-Bundestagsfraktion Götz Frömming (auf dem Bild bei der PK) stellte klar: »Die Angriffe der Bundesregierung treffen auch politisch Linke wie etwa die Tageszeitung junge Welt.« Alle Journalisten, auch der Mainstream, müsse sich fragen: »Kommen die Einschläge näher?«



Achim Krüger von der AfD in Falkensee (Bildmitte) sowie die Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré (links mit Kind) sowie Medienpolitiker Frömming eröffneten die Sitzung am Abend des 31. Juli. Die Lügner und Kriegstreiber vom SPD-Parteiblättchen Berliner Tagesspiegel schäumten: »Aktivisten haben Inhalte des verbotenen Compact-Magazins ins Internet gestellt. Die für August geplante Ausgabe sei unter einem anderen Titel komplett abrufbar, teilten die Herausgeber Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp am Rande einer AfD-Veranstaltung im brandenburgischen Falkensee mit. Der ehemalige Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer sagte, er sei an der Veröffentlichung nicht beteiligt, begrüße sie aber. Lenz und Sodenkamp geben nach eigenen Angaben (sic!) auch die Zeitschrift Demokratischer Widerstand heraus. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte das vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestufte Magazin am 16. Juli verboten. Sie begründete den Schritt damit, dass Compact ein zentrales Sprachrohr der rechtsextremistischen Szene sei und sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte.«

Weder ist Compact rechtsextremistisch, noch diese vorliegende Zeitung, die zudem eine andere inhaltliche Gewichtung hat – effektiv ist es Nancy Fäser, die für ihren Auslöschungsversuch eines der auflagenstärksten Nachrichtenmagazine in deutscher Sprache (Compact) im Netz bereits als »Nazi-Trulla« und »meschugge Problemknalltüte« beschrieben worden war. »Hat sie unter der bunten Binde ein Hakenkreut tätowiert?«, hieß es etwa auf der Plattform Instagram. – Denn Pressefreiheit musste in den zurückliegenden drei Jahrhunderten auch von deutschen Demokraten gegen Klerus und Feudalherrinnen erstritten werden. Dafür waren leider blutige Aufstände und Revolutionen notwendig. DW-Gründer Lenz: »Verteidigen wir die Pressefreiheit für alle lieber jetzt, bevor wir später wieder zu härten Bandagen greifen müssen!«



Die Rechtsanwälte Gerhard Vierfuß (Bildmitte) und Ralf Ludwig vom renommierten ZAAVV sprachen unter anderem zum Thema des Artikel 5 des Grundgesetzes: »Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.« Die Veröffentlichung des Magazin NÄNCY ist geglückt. Journalist und Verleger Sodenkamp strich heraus, dass dies in der BRD der Gegenwart ein Risiko darstelle, dass aber jemand eingehen müsse. Artikel 5 stelle berechtige nicht nur zum Schreiben, sondern berechtige auch jedermann dazu, das Geschriebene auch zu lesen (DemokratischerWiderstand.de/NANCY).

Hin Da! KULTURKALENDER

03.08.2024 • Hamburg; Angelklub, Fischmarkt 18, 20359 Hamburg • KONZERT • Rapbellions live on stage • 18:00 Uhr, Einlass 17:30 Uhr • Tickets: 30 € unter emma-tickets.com

08.08.2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • VORTRAG • »Propaganda-Presse. Wie uns Medien und Lohnschreiber in Kriege treiben« von Patrik Baab • 19:00 Uhr

11.08.2024 • Bad Zwischenahn; Nordloher Str. 25, 26689 Godensholt • VORTRAG • »Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession« mit Prof. Dr. Stefan Homburg • 15:00 Uhr – 17:00 Uhr, Einlass ab 14:00 Uhr • Tickets: 27 € unter krasser.guru

17.08.2024 • Hanau; Amphitheater, Philippsruher Allee 45, 63454 Hanau • KONZERT • »Wir gehören zusammen« NENA live • 19:30 Uhr • Tickets: ab 55 € unter eventim.de

30.08.2024-01.09.2024 • Magdeburg; Unterhorstweg (Salbker See), 39122 • Magdeburg • FESTIVAL • »Friedensfestival« mit Filmvorführung, Podiumsdiskussionen und Vorträgen; Gäste: Prof. Dr. Martin Schwab, Perin Dinekli, Patrik Baab u.v.m. • Tickets und weitere Informationen unter www.MdFF.eu

31.08.2024 • Bremen; Sendesaal, Bürgermeister-Spitta-Allee 45, 28329 Bremen • INFORMATION/DISKUSSION • »Versuch einer Aufarbeitung« von Medizinern, Wissenschaftlern und Juristen wie z.B. Dr. jur. Beate Pfeil, Prof. Dr. Michael Meyen, Dr. rer. nat. Sabine Stebel u.a. • 13:30 Uhr – 19:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erwünscht

08.09.2024 • Oststeinbek; Bürgersaal, Möllner Landstr. 22, 22113 Oststeinbek • VORTRAG • »Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession« von Prof. Dr. Stefan Homburg • 15:00 Uhr, Einlass 14:00 Uhr • Anmeldung erforderlich unter: lets-meet.org/reg/f3d7b892ede3e833fc

26.10.2024 • Berlin; Rudolf-Steiner-Haus, Bernadottestr. 90/92, 14195 Berlin • SYMPOSIUM • »Einblicke & Rückblicke – Alternative (Aus)Wege im gesellschaftlichen Wandel« mit Dr. Andreas Sönnichsen, Dr. Matthias Burchardt und Dr. Michael Andrick • 11:00 Uhr – 18:00 Uhr • Tickets: ab 50 € unter menschheits-familie.de

10.11.2024 • Dobbrikow; Haus am Bauernsee, Nettgendorfer Str. 14, 14947 Nuthe-Urstromtal OT Dobbrikow • KONFERENZ • »Utopie« • 10:00 Uhr - 20:00 Uhr • Tickets ab 50 € unter emma-events.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischer-widerstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*



ZITAT DER WOCHE

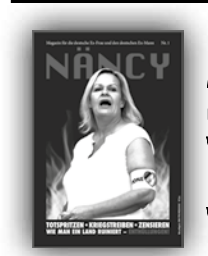
Foto: Bildschirmfoto

»Wir sehen etwas ganz Problematisches und ganz Heikles – nämlich: Eine Regierung verbietet ein Pressemedium, das regierungskritisch ist. Das kennen wir eigentlich aus autoritären Staaten.«

Staatsrechtler Volker Boehme-Neßler, Jura-Professor an der Universität Oldenburg, am 16. Juli 2024 bei *Welt TV* über das *Compact*-Verbot

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



NÄNCY
Magazin für die deutsche Ex-Frau und den deutschen Ex-Mann Nr. 1
Verlagshaus Sodenkamp & Lenz Berlin
E-MAg auf Demokratischer Widerstand.de/NANCY
ISBN 978-3-9826543-0-0



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.
Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI – Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC: Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder, Prof. Almuth-Bruder Bezzel, Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?
Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6



SPORT MIT BERTHOLD

GLÜCKSFAKTOR SPIELTE KEINE ROLLE

Die Angst, ein Tor zu bekommen, war bei manchen größer, als der Mut, nach vorne zu spielen. Das hat den EM-Sieger, die Spanier, von allen anderen unterschieden.

Die Spanier wollten immer nach vorne spielen, immer die Leute unterhalten und die Tore schießen – und nicht nur verteidigen. Wenn Du den Ballbesitz zelebrierst, den Ball kontrollierst, dann kann Dir der Gegner nichts anhaben. Eine hohe Ballbesitzquote bedeutet letztlich, dass Du zumeist das Spiel auch gewinnst. Und den Ballbesitz hatten die Spanier in allen Spielen auf ihrer Seite, sind verdient als Sieger vom Platz gegangen (2:1 im Finale gegen England). Sie sind einfach immer drangeblieben, haben abgeliefert und nicht aufgegeben. Der Glücksfaktor hat diesmal keine Rolle gespielt.

Überraschungen: Die österreichische und die schweizerische Mannschaft haben jeweils ein gutes Turnier gespielt. Die Schweiz schied nur ganz knapp im Elfmeterschießen gegen den späteren Finalisten England im Viertelfinale aus, hatte im Achtelfinale die Italiener klar mit 2:0 geschlagen. Und Österreich hat die Herzen der Fußballfans gewonnen. Bitter, dass sie durch zwei Standards im Achtelfinale ausschieden, aber auch die Leistung der Türken, die mit viel Herz und Kampfgeist aufgespielt haben, muss man anerkennen! Für die Österreicher wäre mehr drin gewesen. Hätten sie das Spiel gewonnen, hätte ich dem Team von Coach Ralf Rangnick sogar noch mehr zugetraut! Ganz sicher sind sie kein Kanonenfutter mehr, wie das vielleicht noch vor 20 Jahren der Fall war.

Meine Prognose für die deutsche Mannschaft war das Erreichen des Viertelfinales. Auch da hat es bei mir »Bingo« gemacht, auch damit lag ich richtig. Es war ein knappes Spiel gegen Spanien. Es gab eine heiß diskutierte Handspielszene im spanischen Strafraum. Beim nicht gegebenen Elfmeter kam der Ermessensspielraum des Schiedsrichters zum Tragen – und danach fiel der 2:1-Endstand für die spanische Mannschaft. Das ist natürlich im ersten Moment traurig und blöd, aber die deutsche Mannschaft hat ein gutes Turner gespielt. Die Verbindung zu den Fans ist wieder da. Ich denke, dass es nach dieser Europameisterschaft im A-Kader auf mehreren Positionen einen Altersschnitt im DFB-Team geben muss, nicht nur auf der Torwart-Position. Es gibt zum Glück genügend jüngere Spieler, die in den Startlöchern stehen. Das Gerüst, der Kern der Mannschaft, steht. Wir können guter Dinge in die Qualifikation zur Weltmeisterschaft 2026 gehen, die ab September beginnt.

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



DIE SPIELE DES TEUFELS

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Michael Schuch

Nein, meine religiösen Gefühle wurden nicht verletzt. Die Eröffnungsfeier der olympischen Spiele in Paris war nur ein weiterer Tiefpunkt in der langen Folge diabolischer *Shows*, in der die Masse begeistert applaudiert.

Die Frau, welche bei der Parodie des letzten Abendmahls Jesus verkörperte, heißt Barbara Butch, von Beruf eine *DJane*, ein weiblicher *DJ* (*Discjockey)*. Zusammen mit *Dragqueens* inszenierte sie das berühmte Gemälde von Leonardo da Vinci neu – und sorgte für Empörung. Die »dicke, jüdische, queere Lesbe«, wie sich die Aktivistin gerne selbst beschreibt, wurde 2021 mit dem »Out d'Or«-Preis als LGBTQI+-Persönlichkeit des Jahres ausgezeichnet. Schon ihr Name ist Programm: »Butch« steht in der lesbischen Subkultur für eine männliche Identität.

GEDENKEN AN JESUS SOLLEN AUSGELÖSCHT WERDEN

Ihr von schamloser Verhöhnung des christlichen Glaubens geprägtes Plädoyer für »Inklusion und Vielfalt« verletzt nicht nur die olympische Idee der fünf ineinander verschlungenen Ringe. Weit schwerer wiegt die Umdeutung des letzten Abendmahls, das Jesus mit seinen Jüngern feierte. Hier sei nur auf ein kleines Detail verwiesen: Als Jesus das Brot nahm und seinen Jüngern gab, sprach er: »Das ist mein Leib, der für euch gegeben wird; das tut zu meinem Gedächtnis« (Lukas 22,19). Was, so fragt man sich, hat der »Olympia-Jesus« auszuteilen, was es wert wäre, dass wir es im Gedächtnis behalten? Nun, auf dem Tisch vor ihm steht ein *DJ-Controller*, über den die »Musik« eines anderen Jesus in die Ohren und Herzen der Zuhörer Eingang finden soll. Dessen Botschaft zielt darauf ab, das Gedenken an Jesu Leiden, seinen Tod am Kreuz und sein Erlösungswerk auszulöschen und durch Frivolitäten zu ersetzen! Hier setzt sich eine unsichtbare Macht vor aller Welt in Szene, die den Platz Gottes einnehmen möchte: »Er ist der Widersacher, der sich erhebt über alles, was Gott oder Heiligtum heißt« (2. Thessalonicher 2,4).

DER TEUFEL HAT NICHT MEHR VIEL ZEIT

Was mich hoffnungsfroh stimmt: Jesu Wiederkunft rückt näher! Der Teufel merkt, dass er nicht mehr viel Zeit hat, also verschärft er das Tempo. Dabei kommt ihm auch sein pseudo-christliches Personal zu Hilfe. Der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Thorsten Latzel, hat die Pervertierung des Abendmahls verteidigt. Er versteht die Darstellung nicht als blasphemisch, sondern als »Ausdruck einer religiösen Emanzipation«. An welchem Tisch hat Herr Latzel Platz genommen? Paulus warnt in 1. Korinther 10,21: »Ihr könnt nicht zugleich den Kelch des Herrn trinken und den Kelch der Dämonen; ihr könnt nicht zugleich am Tisch des Herrn teilhaben und am Tisch der Dämonen.«

Der Autor ist SAP-Berater und wohnt im Landkreis Schwäbisch Hall. Er kann über die Emailadresse anti.pas@gmx.de angeschrieben werden.



Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp

SEHR GEEHRTEN LESERINNEN, SEHR GEEHRTE LESER, LIEBE KINDER,

»die Erste« zu sein oder wenigstens dabei zu sein wie »die Erste« entsteht, war vor einigen Jahren noch ein mächtiges Zugpferd. Die erste Wahl Angela Merkels zur deutschen Bundeskanzlerin hatte für viele so eine Aura. Und, nun ja, jetzt wissen wir, dass »die Erste« zu haben, nicht immer toll ist. Wenn man jetzt beispielsweise an »die Erste« denkt, die im Amte der Bundesinnenminsterin einfach so ein Nachrichtenmagazin zu einer Firma erklärt und diese Wiederum zu einem Verein, weil ihr die Texte nicht gefallen, sie aber hier nichts dagegen machen kann, dann braucht man so eine »Erste« nicht. Dann braucht man »Nängy, die Erste« (siehe links).

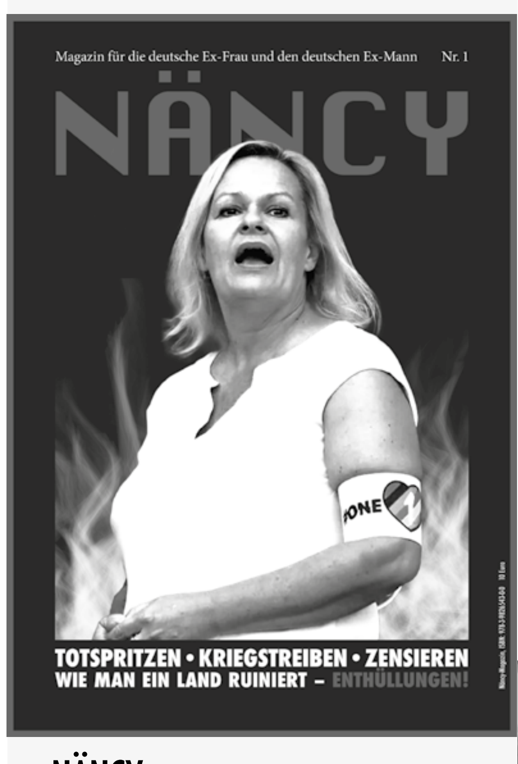
DW ENDLICH AM KIOSK!

Diese Woche hat »die Erste« auch deshalb eine so große Bedeutung, weil dies »die Erste« Ausgabe ist, die nach über vier Jahren des Bestehens dieser Wochenzeitung und nach Sage und und schreibe 180 Vorgängerinnen, ganz regulär an deutschen Kiosken erscheinen kann. »Die Ersten«, die hier ins Vergnügen kommen, dass sind die Berliner, die Sachsen, die Thüringer und die Südbrandenburger. Ab der kommenden Woche dann auch noch die Hamburger, Schleswig-Holsteiner und Mecklenburg-Vorpommerianer. Wow!

Und meine Güte: Was hat das lange gebraucht, bis endlich »die Erste« regulär an die Kioske kommt. Hinter uns liegen Jahre der Schwachsinnsgespräche (»Tut uns Leid, keine Kapazitäten, es entstehen seit 2020 einfach zu viele neue gedruckte Zeitungen in Deutschland.«) und der zähen Verhandlungen, die vom Regime systematisch verzögert und unterminiert worden waren (so mit Press Impact, später umbenannt in D-Force One, Nomen est Omen). Und dann auf einmal klappt es einfach und die anderen Bundesländer bekommen auch bald diese Zeitung.

Nun, wir sind mächtig stolz und schauen, was da jetzt auf uns zukommt. Aufklärung und Widerstand voran! Und an die neuen Leser, die uns am Kiosk, beim Bäcker um die Ecke, in der Bahnhofsbuchhandlung, im Supermarkt und an der Tankstelle finden: Willkommen bei uns. Wir sind da! Seit 28. März 2020.

Mit hochachtungsvoll demokratischen Grüßen,
Hendrik Sodenkamp
Verleger und Journalist



NÄNCY
Magazin für die deutsche Ex-Frau und den deutschen Ex-Mann Nr. 1
Verlagshaus Sodenkamp & Lenz Berlin
E-MAg auf DemokratischerWiderstand.de/NANCY

ISBN 978-3-9826543-0-0

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»WENN DU WISSEN WILLST, WER DICH BEHERRSCHT, FINDE HERAUS, WEN DU NICHT KRITISIEREN DARFST.« VOLTAIRE

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*